

Abonnements-Bedingungen:
Abonnementspreis vierteljährlich 1,50 RM, monatlich 0,50 RM, wöchentlich 30 Pf.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Die Insertions-Gebühr
Beträgt für die sechsstelligen Adressen...

Telegraphische Adresse:
„Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

Dienstag, den 12. Dezember 1916.

Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

Der 12. Dezember - ein Entscheidungstag!

Die Jalomita nordöstlich Bukarest überschritten. - Russische Angriffe in Ost-Siebenbürgen, französisch-serbische zwischen Dobromir und Makovo erfolglos.

Amtlich. Großes Hauptquartier, 11. Dezember 1916. (W. Z. B.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht

Auf beiden Ufern der Somme hat sich gestern die Kampftätigkeit der Artillerie erheblich gesteigert.

Auch an der Front nordwestlich von Reims nahm von Mittag an das feindliche Feuer zu.

Heeresgruppe Kronprinz.

Durch umfangreiche Sprengungen an der Butte du Mesnil (Champagne) und bei Banquois (Argonnen) zerstörten wir beträchtliche Teile der französischen Stellung.

Auf dem Ostufer der Maas wirkten unsere schweren Geschütze gegen Gräben und Batterien des Feindes.

An der Verdun-Front wurden durch Abwehrgener und im Luftkampf sieben feindliche Flugzeuge abgeschossen.

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Front des Generalfeldmarschalls Prinz Leopold von Bayern.

Keine größeren Kampfhandlungen.

Front des Generaloberst Erzherzog Joseph.

Nördlich des Tartarenpasses (in den Waldkarpathen), im Dvina-Abchnitt nordöstlich von Jacobeny, am Runcesul (im Ghergho-Gebirge) und zu beiden Seiten des Trotusul-Tales griff auch gestern der Russe wieder mit starken Kräften, aber ohne jeden Erfolg an.

Ein Vorstoß deutscher Patrouillen nördlich des Smotrec brachte 14 Gefangene und einen Minenwerfer ein.

Heeresgruppe des Generalfeldmarschalls von Mackensen.

Die Verfolgung der Armeen findet an einzelnen Stellen Widerstand. Er wurde gebrochen.

Die Bewegungen vollziehen sich trotz strömenden Regens, aufgeweichten Bodens und aller Brückenzerstörungen in der beabsichtigten Weise.

Wir machten erneut mehrere tausend Gefangene.

Mazedonische Front.

Der 10. Dezember stellt sich als ein weiterer schwerer Misserfolg der Entente an einem Kampftage dar, an dem der Feind sehr erhebliche artilleristische und auch infanteristische Kräfte eingesetzt hat.

Alle Angriffe der Franzosen und Serben zwischen Dobromir und Makovo scheiterten an der zähen Widerstandskraft deutscher und bulgarischer Truppen.

Insbesondere tat sich in den Kämpfen um die Höhen östlich von Paralovo das ostpreussische Infanterie-Regiment Nr. 45 hervor.

Der Erste Generalquartiermeister. Ludendorff.

Abendbericht.

Amtlich. Berlin, 11. Dezember, abends.

Während Somme-Front heute ruhig blieb, lebte Artilleriekampf auf Maas-Ostufer auf.

An der Ostfront Siebenbürgens scheiterten starke Russenangriffe, die auf unser schnelles Vorwärtstommen in der großen Walachei ohne Einfluß bleiben.

Im Cerna-Bogen sind neue Angriffe der Serben und Franzosen blutig und ergebnislos zusammengebrochen.

Der österreichische Bericht.

Wien, 11. Dezember 1916. (W. Z. B.) Amtlich wird veröffentlicht:

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe des Generalfeldmarschalls von Mackensen.

Die verbündeten Streitkräfte dringen trotz Witterungsungunst, schlechten Wegen und stellenweise neu auflebenden feind-

lichen Widerständen weiter vor. Oesterreichisch-ungarische und deutsche Truppen haben bei Raccanu nordöstlich von Bukarest den Jalomita-Übergang erklämpft.

Heeresfront des Generalobersten Erzherzog Joseph.

In den Karpathen rennen die Russen trotz schweren blutigen Verlusten, die in den letzten Wochen - gering geschätzt - mindestens 30 000 Mann betragen haben, immer wieder erfolglos gegen unsere Stellungen an.

Heeresfront des Generalfeldmarschalls Prinz Leopold von Bayern.

Nichts zu melden.

Italienischer und Südöstlicher Kriegsschauplatz. Unverändert.

Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabes. v. Seefer, Feldmarschalleutnant.

Die Wirkung von Bukarest.

„In allen Balkanländern Niederlagen erlitten.“

London, 10. Dezember. (W. Z. B.) Die „Times“ schreibt in einem Leitartikel: Es wäre töricht, die Folgen der vorübergehenden Besetzung eines großen Teiles Rumäniens und des bevorstehenden Verlust der Hauptstadt zu verkleinern.

Wir glauben, daß die moralische Wirkung vielleicht noch ernster sein wird als die materiellen Ergebnisse. Die militärischen Erfolge feuern den Feind an, verlängern den Krieg und machen einen tiefen Eindruck auf die Neutralen und hinterlassen bei den Alliierten ein Gefühl tiefer Demütigung.

Die Geschichte der Verhandlungen, die Rumäniens Intervention vorangegangen, ist eine Kette diplomatischer Stümpereien, in die Lord Grey sich hineintreiben ließ, und bei der er geführt wurde, anstatt selbst zu führen. Wir haben der Reihe nach in allen Balkanländern Niederlagen erlitten.

Der Schrei nach der richtigen Kriegeregierung.

Ein Anlagetumult in der französischen Kammer.

Bern, 11. Dezember. (W. Z. B.) In den französischen Kammerverhandlungen am Sonnabend führte Roux Costadeau unter verschiedenen Zwischenfällen aus, er werde gegen das Budget stimmen, solange Frankreich nicht eine richtige Kriegeregierung habe.

Sowohl die Regierungen, die den Krieg entfesselt hätten, als jene, die ihn nicht zu beendigen verstanden, taugten nichts. Die Regierung habe nur für einen haltlosen, gleichgültigen Optimismus gesorgt. Schwere Gefahren bedrohten Frankreich. Man verlange von der Kammer immer neue Milliarden, was zur Erschöpfung und zum Verfall Frankreichs führen müsse.

Auf verschiedene Einwände, der Redner solle bei der Sache bleiben, erwiderte Roux Costadeau, seit zwei Jahren habe man davon, daß man zur Rettung des Vaterlandes schweigen müsse, und alle Welt habe geschwiegen. In der Presse aber läge man auf Befehl mit unglaublichem Jynismus. Als der Kammerpräsident den Redner darauf aufmerksam machte, daß er eine solche Sprache unterdrücken könne, fuhr Costadeau fort, die Einrichtung der Zensur sei ein verräterischer Staatsstreik gegen das Vaterland.

Man dürfe eine große Nation nicht mit Hirngespinnsten abspelsen. Sodann kam der Redner auf die ungeheuren Verluste zu sprechen, die die Zukunft der französischen Klasse in Frage stellten. Auf verschiedene Einwände erwiderte der Redner, er wolle, daß Frankreich siegte, aber mit dem geringsten Einsatz von Opfern.

Bei Fortsetzung der Rede Costadeaus, die eine Anklage gegen England war, kam es zu einem heftigen Tumult, so daß der Kammerpräsident auf Beschluß der Kammer Costadeau das Wort entzog, der unter lautem Protest die Rednertribüne verließ.

Deutsche U-Boote im östlichen Mittelmeer.

Amtlich. Berlin, 11. Dezember. Von unseren Unterseebooten sind im östlichen Mittelmeer am 28. November und am 3. Dezember zwei etwa fünf- bis sechstausend Tonnen große, mit Kriegsmaterial beladene feindliche Transportdampfer versenkt worden. Beide Dampfer waren bewaffnet und von Zerstörern begleitet.

Berlin und London!

Auf dem Kriegsschauplatz des Burgfriedens ist wieder einmal ein Massenangriff gegen den „Vorwärts“ zu verzeichnen, weil er sich erlaubt hat, zu der heutigen Reichstags-Sitzung seine Meinungen und Wünsche darzutun. Die „Tägliche Rundschau“ z. B. findet es „unritterlich“, daß wir „eine Wartepause ausbeuten, in der andere Leute glaubten schweigen zu sollen“, und sie bescheinigt uns, daß wir „nicht das Gewissen der Nation“ sind. Vielleicht ist also die „Tägliche Rundschau“ das Gewissen der Nation, aber damit ist auch nicht geholfen, wenn dieses Gewissen glaubt, ritterlich schweigen zu sollen. Uns scheint, daß sich niemand seines Schweigens rühmen sollte, wo es sich um die Lebensfrage seines Volkes handelt.

Die „Kreuzzeitung“ ist nicht gar so streng wie die „Tägliche Rundschau“, sie versucht es lieber im Ton wohlmeinender Belehrung und versucht uns klar zu machen, wie irrig unsere Meinung sei, nach dem Sieg in Rumänien könne uns niemand die Befundung unseres Friedenswillens als Schwäche deuten. „Wirklich nicht?“ fragt die „Kreuzzeitung“. „Da kennt der „Vorwärts“ unsere Gegner doch schlecht. Eine solche Ausdeutung liegt ja auch nahe. Wenn ein mehrfach abgewiesener Händler sein Angebot immer wieder erneuert, so ist der Gedanke natürlich genug, daß er den Verkauf sehr nötig habe. Und ebenso selbstverständlich ist, daß diese Erkenntnis den Preis drücken muß.“

Wir bitten die „Kreuzzeitung“ einzusehen, daß dieser dem frischen Leben des Pferdehandels entnommene Vergleich hinkt. Es handelt sich auch nicht um Pferde, sondern um Menschen, die der Krieg in täglichen Massenkatastrophen zu Tausenden verschlingt. Sollten wir es wirklich „nicht nötig“ haben, dem ein Ende zu bereiten? Nein, wir sagen den Gegnern nicht, daß sie den Frieden nicht nötig haben, wir sagen ihnen vielmehr, daß wir ihn sehr notwendig brauchen - wir sagen ihnen: Lebt eure Verlustlisten, denkt an eure Trauer, eure Räte, eure Schwierigkeiten, und ihr werdet erkennen, wie nötig wir den Frieden haben, beinahe ebenso nötig - wie ihr ihn selbst habt. Wenn wir den Frieden fordern, so sind wir nicht nur Deutschlands, sondern ganz Europas Sachwalter, denn jeder Tag, der dem Krieg abgerungen und dem Frieden gewonnen wird, bedeutet Rettung auch für französisches, englisches, russisches Gut und Blut! -

So mißvergnügt ein gewisser Teil der deutschen Presse erscheint, so vergnügt gebärdet sich der ihm korrespondierende Teil der englischen Presse. Wer in diesen Tagen auf der einen Seite „Kreuzzeitung“, „Tägliche Rundschau“ und „Deutsche Tageszeitung“, auf der anderen „Times“, „Morning Post“ und „Daily Mail“ gelesen hat, der könnte fast auf den Gedanken kommen, die Deutschen hätten Bukarest verloren und die Engländer hätten es gewonnen. Gänzlich weint und Jonny lacht!

Warum lacht Jonny? Er lacht vor Vergnügen, weil es gelungen ist, die schlappen Minister Asquith und Grey davonzujagen und ein „starkes“ Ministerium an seine Stelle zu setzen. Dieses „starke“ Ministerium wird sich, wenn nicht eine Störung eine Veränderung des Programms notwendig macht, an demselben Tag dem Unterhaus vorstellen, an dem Herr v. Bethmann im Reichstag seine Rede - worüber nur? - über die militärische Lage in Rumänien halten wird. Am Mittwochmorgen, wenn Mr. Lloyd George seine Antrittsrede gehalten haben wird, wird die konservative Kriegspresse Englands Beifall rasen. Was wird aber wohl morgen über Bethmanns Rede in der deutschen Presse zu lesen sein?

Auf die Gefahr hin, der „Täglichen Rundschau“ und der „Kreuzzeitung“ noch mehr zu mißfallen, möchten wir auch heute nicht den Wunsch unterdrücken, der deutsche Reichsfanzler möge heute anders sprechen als Lloyd George, und anders, als der russische Ministerpräsident Treppoff vor zehn Tagen gesprochen hat. Er kann es, weil er in der angenehmen Lage ist, auf andere Ergebnisse der Kriegführung niederzublicken. Er kann es wohl auch deshalb, weil es in Deutschland keine Northcliffe-Presse gibt, die mit ihrer Massenverheerung und ihrem ungeheuren Einfluß alle Gemüter in Wahn hält. Die Presse hat in England das alte Ministerium gestürzt und ein neues an seine Stelle gebracht, das mit der edlen Absicht umgeht, den Krieg wieder ganz von vorne beginnen zu lassen. Es ist kein Unglück für Deutschland, daß es hier keine Presse gibt, die einen ähnlichen Einfluß auszuüben imstande wäre.

Auch dieser Tag ist einer der Entscheidungstage des Weltkrieges! Je gründlicher er die Vorstellung von dem kriegerischen Deutschland zerstört, das Europa den Frieden raubt, desto erfolgreicher und ehrenvoller wird er für uns sein. Und je früher das hier Gemollte Wirklichkeit wird, desto besser für ganz Europa! Wir aber werden den Krieg, solange es noch sein muß, desto besser führen, wenn wir ihn führen als Krieg - gegen den Krieg!

Dieser Krieg gegen den Krieg muß eines Tages gewonnen werden.

### Wer für den Frieden kämpft, dem gehört die Zukunft!

Das Neuterische Bureau meldet amtlich: Die neue Regierung ist nun folgendermaßen zusammengesetzt: Kriegskabinet: Lloyd George, Premierminister, Lord Curzon, Präsident des Privy Council und Vertreter der Regierung im Oberhause, Henderson und Lord Milner, Minister ohne Portefeuille, Bonar Law, Schatzkanzler. Auf Ersuchen des Ministerpräsidenten wird Bonar Law als Vertreter der Regierung im Unterhause fungieren, er wird gleichfalls Mitglied des Kriegskabinetts werden, man erwartet jedoch nicht, daß er den Sitzungen regelmäßig beizuwohnen wird. Die anderen Mitglieder des Ministeriums sind: Sir Robert Finlay, Vizekanzler, Sir George Cave, Minister des Innern, Balfour, Minister des Innern, Long, Kolonialminister, Lord Derby, Kriegsminister, Chamberlain, Minister für Indien, Lord Rhonda, Vorsitzender des Local Government Board, Sir Albert Stanley, Handelsminister, Hodge, Arbeitsminister, Edward Carson, Marineminister, Dr. Addison, Munitionsmister, Lord Robert Cecil, Blockademinister, Lord Devonport, Lebensmittelminister, Sir Joseph MacLay, Schiffsverkehrskontrolleur, Frothero, Landwirtschaftsminister, Dr. Fisher, Unterrichtsminister, Sir Alfred Mond, Minister für öffentliche Arbeiten, Sir Frederic Cowley, Kanzler für das Herzogtum Lancaster, Sir Albert Villingworth, Generalpostmeister, Barnes, Minister für Pensionsangelegenheiten, Sir E. E. Smith, Generalstaatsanwalt, Stewart, Kronanwalt.

Das neue Kabinet zählt also drei Mitglieder der Arbeiterpartei, nämlich Henderson, Barnes und Hodge. Wie Neuter meldet, werde besonderes Gewicht der Tatsache beigegeben, daß dem Ministerium sieben Geschäftsleute von großer Erfahrung angehören. Dies sei etwas ganz Neues in der englischen Parlamentsgeschichte. Lord Rhonda ist Kohlenmagnat aus Wales, der dem Munitionsministerium große Dienste geleistet hat; er habe zu Beginn des Krieges in den Vereinigten Staaten und Kanada die Munitionslieferung eingerichtet. Sir Albert Stanley, Direktor der Londoner Untergrundbahnen, habe sich auf dem Gebiete des Transports Verdienste erworben. Eine der interessantesten Uebertragungen des neuen Kabinetts sei die Ernennung des Schiffsverkehrskontrolleurs; MacLay, der dieses Amt übernimmt, sei ein bekannter Glasgower Reederei und Fachmann auf dem Gebiet der Frachtfragen.

Da die Frachtnote die Engländer würgt, wird man bald gemig erfahren, ob diese mit so großem Getöse genannten Geschäftsbereichen wirklich erhebliches zu leisten fähig sind.

## Friedensbewegung und Kriegsstimmung in England.

Aus Amsterdam schreibt man uns:

Der Londoner Korrespondent des „N. Rott. Courant“ behandelt in zwei Artikeln das Thema „Der Völkerverbund für den Frieden“. Der erste Artikel gibt das Programm der englischen „League of Nations Society“ (Verband für den Völkerverbund) wieder, an deren Spitze das liberale Parlamentsmitglied W. S. Dickinson steht. Dieser Verband lenkte unlängst die Aufmerksamkeit auf sich, als die Herren Dickinson und Aneurin Williams einen Brief an die „Times“ richteten, worin sie mit Berufung auf die jüngsten Erklärungen Greys ihre englischen Seftesverwandten aufriefen, mit ihnen den Plan zu studieren und die öffentliche Meinung Englands darauf vorzubereiten. Die „Times“ widmete diesem Aufruf einen langen, wenig freundlichen Leitartikel, der darauf hinauslief, daß der Augenblick für eine solche Tätigkeit schlecht gewählt und daß es obendrein unnötig sei, die öffentliche Meinung in dieser Hinsicht vorzubereiten, da in der Entente ein Völkerverbund im Keim schon vorhanden sei.

Die englische Liga strebt die Errichtung eines Staatenverbands an, dessen Glieder sich gemäß dem Prinzip der sog. Bryan-Traktate verbinden:

1. Friedliche Mittel zur Schlichtung von Konflikten die zwischen ihnen entstehen, zu gebrauchen.
2. Als solche Mittel werden genannt:
  - a) die Unterbreitung aller aus Völkerrechtsfragen oder aus der Auslegung von Verträgen entstehenden Streitfälle unter das Haager Schiedsgericht oder ein anderes Gericht zur entgeltlichen Entscheidung;
  - b) die Unterbreitung aller anderen Konflikte durch einen Untersuchungs- und Versöhnungsrat.
3. Die Glieder des Verbandes sind verpflichtet, bei jeder Aktion mitzuwirken, die notwendig ist, die Beobachtung dieser Bestimmungen durchzusetzen.
4. Die Glieder sollen Maßregeln zur gegenseitigen (diplomatischen, ökonomischen und militärischen) Verteidigung treffen, für den Fall, daß jemand von einem außerhalb des Verbandes stehenden Staat, der sich weigert, die Sache einem Gerichtshof oder Untersuchungsrat zu unterbreiten, angegriffen wird.
5. Jeder zivilisierte Staat kann Aufnahme in den Verband verlangen.

Diese fünf Punkte — man sieht, sie nehmen den von anderen Friedensvereinigungen vorgeschlagenen internationalen Gerichtshof mit einer internationalen Vollzugs-Armee nicht auf — werden in einer kleinen Propagandabroschüre, die für „private Zirkulation“ von der Vereinigung herausgegeben worden ist, aufgezählt und erläutert. In der Erläuterung wird gesagt, daß es aufs innigste zu wünschen sei, daß alle Staaten beitreten, aber gegebenenfalls würden im Fall der Weigerung einzelner die anderen doch mit dem Beispiel vorangehen.

Jedenfalls müsse der Glaube vermieden werden, daß der Verband gestiftet sei, den selbstjüchtigen Interessen einiger weniger zu dienen. Der fünfte Punkt sei ein Schutz gegen diese Gefahr.

Ueber diese Gefahr schreibt der Korrespondent im zweiten Artikel im Hinblick auf die Kritik, die der deutsche Reichskanzler an Greys Idee einer internationalen Friedensgemeinschaft geübt hat: „Es ist natürlich allzu begreiflich, daß das gegenseitige Mißtrauen der derzeitigen Gegner in Plänen, die unter dem Namen des Friedens auftreten, schlechte Absichten wittert. Ebenso wie der Kanzler über die Erklärungen Greys bedenklich den Kopf schüttelt, so zucken hier viele Leute die Achseln über seine Erklärungen. Das liegt vor allem an dem höchst unglücklichen Satz, worin Bethmann Hollweg sagt, daß Deutschland nicht nur mittun, sondern sich selbst „an die Spitze“ eines solchen

Verbandes stellen wolle. „Sieh da!“, sagt man hier, „die deutsche Idee von der Weltorganisation nach dem Krieg! Ein Friedensverband. Ja, aber mit Deutschland an der Spitze! Ist das eine Befehrung zur amerikanischen Idee des internationalen Zusammenwirkens? Nein, durchaus nicht! Es ist nichts anderes als ein listiger Versuch, die Idee in den Dienst des deutschen Vormachtstrebens zu stellen, das die vollkommene Verleugung dieser Idee eines Zusammenwirkens ist!“ — Kurzum, man verdächtigt hier die Deutschen derselben bösen Absicht, die der Reichskanzler, wie er sagt, bei England vermutet. Das ist kein ermutigender Anfang für eine Diskussion, die zu Ergebnissen führen soll. Aber man konnte unter den jetzigen Umständen nicht viel Besseres erwarten, und die Rabakalen brauchen in jedem Fall Greys Aufforderung, den Plan zu unteruchen und ihre Stellung dazu zu bestimmen, nicht in den Wind zu schlagen. Im Gegenteil, es scheint mir deutlich, daß die Zukunft des Plans vor allem bei den Neutralen liegt. Ihr kraftvoller Beschluß, einem Verbands beizutreten und ihre Mitwirkung zu sichern, der allen Staaten ehrliche Aussichten läßt und nicht eine verummumte Kriegsallianz sein würde, kann für die Staatsmänner in den jetzt kriegführenden Ländern, denen es mit der Sache ernst ist, eine große Hilfe sein. . . . Im Augenblick ist — in England — zweifellos noch eine gehörige Erziehung der öffentlichen Meinung nötig, bevor von solchen Plänen etwas zu erwarten ist und nichts ist vielleicht dafür so bezeichnend wie die kühle Behauptung der „Times“, daß solch eine Erziehung überflüssig sei. Die Mehrheit des hiesigen Publikums — hier liegt die Schwierigkeit — fühlt eine solche Erbitterung gegen Deutschland, daß sie die Idee eines Verbandes, der Deutschland mit umfassen soll, einfach nicht begreift. Die Engländer stellen sich Deutschland als den ewigen Ruheföhrer vor und halten einen Völkerverband vor allem darum für nötig, um dieses Land in Vanden zu halten. Daß die Neutralen zwischen einem Verband auf dieser Grundlage und einem gewöhnlichen Kriegsbündnis keinen Unterschied sehen, zeigt sie in Erfahrung, und die allgemeine Weigerung der Neutralen, einer Gemeinschaft beizutreten, die den Staaten der Gegenseite nicht unter denselben Bedingungen offensteht, wird notwendig sein, um sie von ihrem Bahn zu heilen. Denn daß sie unheilbar sind, braucht man durchaus nicht anzunehmen. Es gibt sicher Plätter und Richtungen, die dem Wort Völkerverband jetzt Lippendienst weihen, aber, wenn es zur Ausführung kommen sollte, den Plan nur dann unterstützen würden, wenn sie ihn von seinen wesentlichen Zwecken ableiten könnten. Aber von Grey mag man dieses nicht glauben. Und was die Masse anlangt, so wird sie im Laufe der Zeit ihre heutigen Stimmungen und Meinungen gründlich los werden. Erst wenn das durch natürliche Ursachen bis zu einer gewissen Höhe geschehen sein wird, wird die Sache in ihrem Kern besprochen werden können. Denn die traditionellen Leiter der gemäßigten Richtungen enthalten sich gegenwärtig gemeinhin davon, Ideen, von denen sie wissen, daß sie das Publikum nur erbittern würden, ohne von ihm angehört zu werden, in der Öffentlichkeit zu vertreten. Darum gibt die Presse keinen richtigen Begriff von Stand und Meinung in den verständigsten Kreisen.“

Die neuesten politischen Ereignisse in England scheinen wenig Hoffnung darauf zu geben, daß die vorsichtig schweigenden gemäßigten Politiker sich mit ihren besseren Einsichten hervorwagen. Indes darf doch nicht übersehen werden, daß der Korrespondent des Rotterdamer Blattes wohl kaum einen Einblick in die Bewegung der Geister hat, die sich außerhalb der durch die große Tagespresse belehrten und verdolmetzten sogenannten „öffentlichen Meinung“ vollzieht — vor allem in der Arbeiterschaft. Was in den von der sozialistischen Propaganda berührten Gebieten, namentlich in dem kulturell so hochentwickelten schottischen Proletariat vorgeht, erfährt man auf dem europäischen Festland nur durch Darstellungen, die gelegentlich in die Tagespresse durchschlüpfen. Und mehr erfährt davon in der Regel ein bürgerlicher Journalist — mag er auch so kenntnisreich und guten Willens sein, wie der Verfasser der besprochenen Artikel — auch nicht. Uebrigens, wüßte er mehr davon, der Zensur ließe es ihm nicht schreiben.

## Amerika und die Verpflanzung der belgischen Arbeitslosen.

Einen sehr bedeutamen Notenwechsel zwischen der Regierung der Vereinigten Staaten und der deutschen Regierung veröffentlicht die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“. Ueber die Wegführung belgischer Arbeiter hat die Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika hier folgende Mitteilung übergeben lassen:

„Die Regierung der Vereinigten Staaten hat mit größter Besorgnis und mit Bedauern von der Politik der deutschen Regierung Kenntnis erhalten, wonach ein Teil der Zivilbevölkerung aus Belgien weggeführt und zwangsweise zur Arbeit in Deutschland angehalten werden soll, und sieht sich genötigt, in freundschaftlichem Geiste, aber in feierlichster Weise gegen ein solches Vorgehen Einspruch zu erheben, das mit allem Vorkommen und den

### humanen Grundsätzen des internationalen Brauches

in Widerspruch steht, die seit langem von den zivilisierten Nationen bei der Behandlung von Nichtkämpfern in besetzten Gebieten angenommen und befolgt worden sind. Die Regierung der Vereinigten Staaten ist ferner überzeugt, daß die Wirkung dieser Politik, falls sie fortgesetzt werden sollte, nach aller Wahrscheinlichkeit für das belgische Volkswert, das in so humaner Weise gedacht und so erfolgreich zur Durchführung gebracht worden ist, von Nachteil sein wird, eine Folge, die allgemein bedauert und, wie anzunehmen ist, auch die deutsche Regierung in ernstliche Verlegenheit bringen würde.“

Auf diese Note ist der Regierung der Vereinigten Staaten heute nachstehende Antwort übermittelt worden:

„Die Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika hat gegen die Verbringung belgischer Arbeiter nach Deutschland und gegen deren zwangsweise Heranziehung zur Arbeit Verwahrung eingelegt, indem sie von der Ansicht ausgeht, daß diese Maßnahmen mit den Grundsätzen der Menschlichkeit und den internationalen Gebräuchen bei Behandlung der Bevölkerung besetzter Gebiete nicht vereinbar seien. Die deutsche Regierung glaubt, daß die Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika über den Grund und die Durchführung der Maßnahmen nicht zutreffend unterrichtet ist, und hält es daher für angezeigt, zunächst den Sachverhalt näher darzulegen.“

In Belgien greift seit geraumer Zeit die Arbeitslosigkeit unter den Industriearbeitern in erschreckender Weise um sich. Dieses Ueberhandnehmen der Arbeitslosen ist auf die

### englische Absperrungspolitik

zurückzuführen, welche die belgische Industrie von der Einfuhr der Kohstoffe und von der Ausfuhr ihrer Fabrikate abgeschnitten und

so den größten Teil der Betriebe zum Stillstand gebracht hat. Hierdurch wurde beinahe die Hälfte der belgischen Fabrikarbeiter, deren Gesamtzahl etwa 1.200.000 beträgt, die Erwerbslosigkeit völlig gesamt, und weit mehr als eine halbe Million Belgier, die ehemals durch die Arbeit in der Industrie ihren Lebensunterhalt verdienen, wurden auf öffentliche Unterstützungen angewiesen; diese Zahl erhöhte sich durch Zurechnung der Familienmitglieder beinahe auf das Dreifache, also auf rund 1½ Millionen Menschen. Ein solcher Zustand machte sowohl vom Standpunkt der belgischen Volkswirtschaft, die durch die Arbeitslosen eine unerträgliche Belastung erfährt, als auch vom Standpunkt der öffentlichen Ordnung und Moral, die durch die allgemeine Arbeitslosigkeit und ihre Begleiterscheinungen auf das schwerste gefährdet werden, eine durchgreifende Abhilfe auf das dringendste erforderlich. Diese Notwendigkeit ist auch von einsichtsvollen Belgiern seit langem anerkannt und betont worden.

Bei dieser Sachlage erließ der Generalgouverneur in Brüssel am 15. Mai 1916 eine Verordnung, wodurch Personen, die öffentliche Unterstützungen genießen und ohne hinreichenden Grund die Uebernahme oder Fortsetzung einer ihrem Leistungsvermögen entsprechenden Arbeit ablehnen, mit Freiheitsstrafen oder mit Arbeitszwang bedroht werden. Infolge Darniederliegens der belgischen Industrie war es nicht möglich, der Gesamtheit der Arbeitslosen Arbeitsgelegenheit oder wenigstens angemessene Beschäftigung in Belgien selbst zu verschaffen. Es blieb daher nichts übrig, als ihnen Arbeit in Deutschland anzubieten, wo bereits eine große Anzahl belgischer Arbeiter freiwillig tätig ist und sich bei hohen Lohnsätzen und weitgehender Bewegungsfreiheit durchaus wohl fühlt. Gegen diejenigen Arbeitslosen, die ihrem Beispiel nicht folgen, kommt der Arbeitszwang zur Anwendung.

Diese Maßnahme steht mit dem Völkerrecht vollkommen im Einklang. Denn nach Artikel 43 der Haager Landkriegsordnung hat die besetzende Macht für die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung und des öffentlichen Lebens in dem besetzten Gebiete Sorge zu tragen und zu diesem Zwecke, soweit die Landesgesetze vorsehen, durch ergänzende Anordnungen einzugreifen. Zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung gehört aber zweifellos, daß Arbeitsfähige, soweit irgend möglich, nicht der öffentlichen Wohltätigkeit zur Last fallen und durch ihren Müßiggang

### eine förmliche Landplage

bilden, sondern zur Arbeit angehalten werden.

Bei der Durchführung der Maßnahmen ist ohne Härte und mit aller tünlichen Rücksicht verfahren worden. Wenn bei der Auswahl der nach Deutschland geführten Personen vereinzelte Versehen vorgekommen und insbesondere auch Leute einbezogen worden sind, auf welche die Voraussetzungen der Verordnung vom 15. Mai 1916 nicht zutreffen, so hängt dies damit zusammen, daß sich die belgischen Behörden häufig der Mitwirkung bei der Aufstellung der Listen der Arbeitslosen entzogen oder unrichtige Angaben machten. Es ist fürsorge getroffen worden, daß solche Versehen so schnell wie möglich wieder gutgemacht werden. Denn es wird mit allem Nachdruck daran festgehalten, daß nur solche Personen nach Deutschland verbracht werden, die öffentliche Unterbreitung beziehen, in Belgien keine Arbeit finden und die ihnen in Deutschland nachgewiesene Arbeit ablehnen.

Die nach Deutschland gebrachten Arbeitslosen werden von Sammelstellen aus, die in Alengraben, Guben, Cassel, Weidede, Münster, Soltan und Wittenberg eingerichtet sind, nach den Arbeitsstätten gebracht, wo sie in landwirtschaftlichen und industriellen Betrieben beschäftigt werden. Dabei sind selbstverständlich Arbeiten ausgeschlossen, zu denen eine feindliche Bevölkerung völkerrrechtlich nicht gezwungen werden darf. Wenn die amerikanische Regierung Wert darauf legt, wird es einem Vertreter ihrer hiesigen Botschaft gern gestattet werden, sich durch einen persönlichen Besuch über die Verhältnisse, unter denen sich die Leute befinden, zu informieren.

Die deutsche Regierung bedauert es außerordentlich, daß durch die

### lägnerische Pressehe

ihrer Feinde die dorthin dargelegten Verhältnisse in den Vereinigten Staaten von Amerika offenbar völlig entstellt worden sind. Ebenso würde sie es, und zwar nicht zum wenigsten im Interesse der belgischen Bevölkerung sehr bedauern, wenn durch diese Entstellungen die segensreiche Tätigkeit der Relief Commission irgendwie beeinträchtigt werden sollte.

Schließlich kann die deutsche Regierung nicht umhin, auf die Tatsache hinzuweisen, daß die Fortführung der deutschen Bevölkerung aus den von feindlichen Truppen besetzten Teilen Deutschlands und seiner Kolonien, insbesondere die Verschleppung von Frauen, Kindern und Greisen aus Ostpreußen nach Sibirien, den neutralen Staaten, soviel hier bekannt ist, keinen Anlaß gegeben haben, bei den beteiligten Regierungen ähnliche Schritte zu tun, wie sie jetzt Deutschland gegenüber unternommen worden sind. Und doch kann es keinem Zweifel unterliegen, daß diese Maßnahmen eine gräßliche Verletzung der Gesetze der Menschlichkeit und der Regeln des Völkerrechts darstellen, während nach den vorstehenden Darlegungen sich die deutschen Maßnahmen mit diesen Grundsätzen durchaus im Einklang befinden.“

## Verwaltungsumsturz in Frankreich.

Paris, 11. Dezember. Die „Matin“ schreibt, werden die Folgen des Vertrauensvotums vom Donnerstag sich in politischen Maßnahmen von höchster Wichtigkeit in kürzester Zeit zeigen. Briand werde sich am Sonnabend und Sonntag mit Politikern und bedeutenden Persönlichkeiten der industriellen und kommerziellen Welt besprechen. Er beabsichtige zum Zwecke der wirtschaftlichen Organisation alle alten Bestände des Personals der Verwaltungsbehörden aufzulösen. Die Reorganisation des Oberbefehls werde endgültig in die Wege geleitet, sobald die Vertrauensstagesordnung die neue Zusammensetzung des Ministeriums gebilligt haben würde. Die Namen der neuen Minister würden am Dienstag bekanntgegeben werden, und die Minister würden sich am selben Tage der Kammer vorstellen.

## Friedenspläne ohne gute Wirkung!

Aus New York meldet Neuter: Generalstaatsanwalt Davis erklärte in einer Rede bei einem Essen der Pennsylvania Society, Friedensvorschlüge würden im gegenwärtigen Augenblick nicht nur eine Grobheit, sondern auch eine Unerschämtheit sein. Keine Nation habe das Recht, die Grundlagen zu diskutieren, auf Grund deren die Kriegführenden ihre Streitigkeiten zu schlichten hätten. Friedenspläne, die im gegenwärtigen Augenblick vorgebracht würden, würden keine gute Wirkung haben.

Daß das „Diskutieren der Friedensbedingungen“ kein gangbarer Weg zum Frieden ist, ist gewiß. Wer aber deshalb auf jeden Versuch, zum Frieden zu gelangen, verzichtet will, fordert die Fortsetzung des Krieges und sperrt den wichtigen Weg, durch Verständigung das Ziel zu erreichen. Die „Deutsche Tageszeitung“ hat hier einmal einen Amerikaner, den sie loben wird.

## Die Blockade Griechenlands.

Die griechische Regierung protestiert.

Agencia Stefani meldet: Die griechische Regierung hat gegen die Verhängung der Blockade Einspruch erhoben.

Jugleich verlautet nach Reuter aus griechischen Quellen, der König habe angeboten, drei Regimenter aus Thessalien zurückzugeben und die Bewachung des Kanals von Korinth und der Brücke von Chalkis französischen Torpedobooten anvertrauen zu wollen.

### Die Vorgänge am 1. Dezember.

Der Bericht der „Corriere della Sera“ in Athen meldet: Als man in der griechischen Hauptstadt am 1. Dezember erfährt, daß weitere Matrosen der Alliierten gelandet seien, bewaffneten sich innerhalb weniger Stunden die Reservisten sowie sehr viele Bürger freiwillig. Sie besetzten die Kanonenbatterien wollten mit Hilfe der Alliierten einen Aufstand anzetteln, den König stürzen und eine Regierung Venizelos durchsetzen. Gerüchteleise verlautete, daß Frankreich in kurzem Venizelos mit Gewalt zur Regierung bringen und daß dieser ein Eingreifen Griechenlands an der Seite der Alliierten Matrosen widersehen. Ja sah, so meldet der Bericht, wie schon nach den ersten Gewehrschüssen Frauen herbeieilten, um beim Königspalast Vorkäfen aufzubauen, da man die Gefangennahme des Königs durch die Venizelisten und die Alliierten verhindern wollte. Viele Bürger, darunter solche in höherer Stellung, griffen zu den Waffen, füllten ihre Taschen mit Patronen und stellten sich den alliierten Truppen zum Kampf. Die Haltung der Athener Bevölkerung ist erklärlich, besonders wenn man noch die Nachrichten berücksichtigt, die über die traurige Lage Rumäniens bekannt wurden.

### Der bulgarische Kriegsbericht.

**Donauübergang bei Silistria. — Der Brückenkopf gegenüber Cernavoda genommen. — Kämpfe in Mazedonien.**

Sofia, 10. Dezember. Generalstabsbericht vom 10. Dezember. Rumänische Front. In der Dobrudscha vereinzelte Artilleriegeschüsse. Unsere Truppen überschritten die Donau bei Silistria und nahmen die Stadt Kalarasch. Andere unserer Truppen nahmen den Brückenkopf auf dem linken Donauufer gegenüber von Cernavoda. In der Walachei dauert die Verfolgung an.

Mazedonische Front. Nach heftigem Artilleriefeuer, das sich von Zeit zu Zeit zum Trommelfeuer gegen unsere Linie Tarnova—Nachtani steigerte, versuchte der Feind, Tarnova und die Höhe 1248 nordwestlich von Bitolia anzugreifen. Der Angriff wurde gleich bei Beginn abgeschlagen. Ebenso griff der Feind im Cerna-Bogen auf breiter Front die Linie Dobromir—Makovo an, wurde aber überall zurückgeworfen, stellenweise im Handgranatenkampf, so daß der Feind auf der ganzen breiten Angriffsfrente nicht den geringsten Erfolg erzielen konnte. In der Gegend von Moglena nichts Wichtiges. Auf beiden Seiten des Wardar schwaches Feuer der feindlichen Artillerie, desgleichen an der Belasgafont. An der Struma lebhaftes Artillerietätigkeit. Die Engländer versuchten dreimal Lichkili—Tewfik südlich von Serres anzugreifen, aber alle Angriffe scheiterten in unserem Artilleriefeuer. Vor unseren Stellungen liegen 150 gefallene Feinde.

Der französische Heeresbericht vom 10. Dezember meldet von der Orientarmee: Am 9. Dezember fanden heftige Artilleriekämpfe bei Monastir und am Dojranje statt. Weitere türkische Posten südlich von Seres sind von englischen Truppen genommen.

Der englische Heeresbericht vom 10. Dezember meldet von der rumänischen Front: Längs der Straße Bugzu—Ploesti haben die Rumänen die Offensive ergriffen und den Feind über den Cricoval-Fluß zurückgeworfen.

### Die portugiesische Abfuhr in Ostafrika.

Bern, 10. Dezember. Aus Lissabon wird amtlich gemeldet: Die Deutschen eröffneten auf das linke Robuma-Ufer Artilleriefeuer. Sie besetzten die Stellung von Rangabi, die die Portugiesen in guter Ordnung ohne Verluste geräumt hatten.

„Temps“ kommentiert diese Meldung folgendermaßen: Anscheinend haben die Deutschen in Ostafrika Kräfte zusammengezogen, um die von Mozambique ausgehende portugiesische Offensive zum Stehen zu bringen. Das 16 Kilometer nördlich des Grenzflusses Robuma liegende Fort Kuala wurde von den Deutschen bereits zurückerobert. Die Besatzung von Kuala, die sich auf das Südufer des Robuma nach Rangabi hatte zurückziehen können, mußte nun infolge der deutschen auf portugiesisches Gebiet getragenen Offensive auch diese Stellung räumen.

Die in der vorstehenden Meldung erwähnte portugiesische Stellung von Rangabi liegt etwa 10 Kilometer südlich des Robuma auf portugiesischem Gebiet, also auf dem rechten Ufer des Robuma. Von ihr ging seinerzeit die mit so großem Geschrei angekündigte portugiesische Offensive gegen den Süden Deutsch-Ostafrikas aus. Wolffs Bureau macht darauf aufmerksam, Rangabi liegt nicht etwa direkt südlich von Kowala, dem Ort der ersten gemeldeten portugiesischen Niederlage, sondern etwa 75 Kilometer östlich davon nach der Küste des Indischen Ozeans zu. Der deutsche Gegenstoß gegen portugiesisch-Ostafrika scheint also einen weit größeren Raum zu umfassen, als die portugiesische amtliche Meldung zugeben möchte.

### Der Seekrieg.

Berlin. Aus Lissabon wird gemeldet, daß der englische Dampfer „Briannia“ durch ein U-Boot versenkt worden, der Kapitän gefangen genommen und 3 Mann der Besatzung gelandet seien, 10 wurden vermißt. „Echo de Paris“ meldet: Die französische Golette „Indiana“ wurde versenkt, die Besatzung gerettet. Nach einer Meldung ist der Dampfer „Forth“ gesunken.

### Die feindlichen Heeresberichte.

Frankösischer Bericht vom 10. Dezember nachmittags. Ein deutscher Handfregat auf einen französischen Graben südlich vom Bag St. Marie wurde abgeschlagen. Von der übrigen Front ist nichts zu melden.

Flugwesen. In der Nacht vom 9. zum 10. warf eine Gruppe französischer Flieger zahlreiche Geschosse auf die Bahnhöfe und militärische Gebäude in Ragny, Ham und Mons-en-Chauffee.

Vom 10. Dezember abends. Am Südoften des Hügel von Le Resnil haben die Deutschen zwei Minen springen lassen. Um den Besitz des Trichters entspann sich ein Kampf; sie sind in unserer Besatzung geblieben. Auf der übrigen Front das gewöhnliche Geschützfeuer.

Belgischer Bericht. An verschiedenen Punkten der belgischen Front war die Tätigkeit der Artillerie ziemlich stark, besonders in der Richtung auf Dixmude und Steenstraete.

Englischer Bericht vom 10. Dezember abends. Als Vergeltung für feindliches Artilleriefeuer auf die hinter unserer Front nördlich der Ancre belegenen Gebiete haben wir verschiedene Punkte hinter der feindlichen Linie heftig beschossen. Feindliche Artillerietätigkeit südlich von der Ancre. Während der letzten 24 Stunden beiderseits starke Tätigkeit der Schützengrabensmänner und der Artillerie in allen Teilen der Abschnitt von Popering, Doss und Hulluch.

Russischer Bericht vom 10. Dezember. Westfront. In der Gegend nördlich von Danaburg lieferten wir ein Luftgefecht, bei dem unser Flugzeug in der Gegend des Kolubee, 25 Werst nördlich von Danaburg, niederging; das Flugzeug wurde zertrümmert, die Flieger sind unbeschädigt geblieben. Ein anderer Kampf fand bei Illuz statt, wo ein von uns niedergelegtes deutsches Fokkerflugzeug zur Erde niederfiel. Unser Flugzeug kehrte nach glücklicher Durchführung seines Erkundungsfluges trotz der Wäcker, die es im Kampf davongetragen hatte, unbeschädigt zurück. Auf der übrigen Front Feueranstausch und Tätigkeit unserer Aufklärer. In der Gegend von Valsputina und nördlich von Dorna Watra gingen die Kämpfe weiter; unsere vorrückenden Truppen hatten den erbitterten Widerstand des Gegners zu überwinden. Im Troststal, im Tal der Suka und von Trebanos bringen wir weiter vor.

Kaukasusfront. In der Richtung von Hamadan rückte der Feind nach einer Beschließung unseres Abschnittes von Kuridjian von den Höhen in geschlossenen Formationen vor und besetzte die bisher unbefestigten Hügel zwischen Maran und Kuridjian.

Berlin, 11. Dezember. (W. Z. V.) Der russische Heeresbericht vom 10. Dezember meldet, daß bei einem Luftkampf im Raume von Illuz ein Fokker von einem russischen Flugzeug heruntergeholt worden und dabei fast senkrecht heruntergefallen sei. Es wird festgestellt, daß ein Fokker nur wegen Ladefehrmung gelandet und nach deren Beseitigung sofort wieder gestartet ist.

### Kleine Kriegsnachrichten.

Zwangskonversion der italienischen Kriegsanleihe. Wie die „Frankfurter Zeitung“ meldet, rufen in den letzten Tagen umlaufende Gerüchte über eine demnächstige Zwangskonversion der italienischen Kriegsanleihe solchen Kurdruß hervor, daß die Regierung die Gerüchte durch eine Stefani-Note dementieren mußte.

Verkehrseinschränkung in England. Für den 1. Januar wird eine Einschränkung des Zugverkehrs und Erhöhung der Personentaxi erwartet. Für Reisegepäck, das nicht in die Abteile mitgenommen wird, wird in Zukunft eine Fracht bezahlt werden müssen.

### Politische Uebersicht.

#### Abgeordnetenhaus.

Zweite Lesung des Schätzungsamtgesetzes. Das preussische Abgeordnetenhaus begann am Montag nach Erledigung einiger kleinerer Vorlagen die zweite Lesung des Entwurfs eines Schätzungsamtgesetzes. Obwohl es in der Kommission nach vieler Mühe gelungen ist, ein Kompromiß zustande zu bringen, liefen doch wieder namentlich von Seiten des Zentrums eine Reihe von Anträgen ein, die bereits von der Kommission abgelehnt waren und deren Annahme das ganze Gesetz gefährden würde. So forderten die Anträge u. a. die Beseitigung des Schätzungszwangs und die Erhöhung der Grenze für die mündelichere Beleihung.

In der Debatte, die sich an § 1 knüpfte und den Charakter einer Generaldebatte annahm, griff auch Gen. Hirsch ein, um die Stellung der Sozialdemokraten darzulegen, die unbeschadet ihrer programmatischen Forderung der Vergesellschaftung von Grund und Boden Maßnahmen zur Entschuldung des Grundbesitzes zustimmen könnten, weil erfahrungsgemäß eine Erschütterung des Immobilienkredits unser gesamtes Wirtschaftsleben aufs schwerste schädigen. Unser Redner betonte, daß seine Freunde, obwohl nicht alle ihre Wünsche erfüllt seien, den Entwurf in der Fassung der Kommission annehmen würden, allerdings unter der Bedingung, daß der Schätzungszwang nicht wieder beseitigt würde; geschehe das, dann habe das Gesetz für sie keine Bedeutung mehr. In längeren Ausführungen beschäftigte er sich mit der Notlage der heimkehrenden Kriegsteilnehmer und führte der Regierung eindringlich zu Gemüte, daß es ihre Pflicht sei, Mittel bereitzustellen, um den Kriegsteilnehmern und ihren Hinterbliebenen die Abblirgung ihrer Mietschulden zu ermöglichen. Im Gegensatz zu den Vorrednern, den Abgg. Graf Wolke (H.), Hager (S.) und Grundmann (S.), die den Entwurf fast ausschließlich vom Standpunkt der Interessen der Hausbesitzer aus besprochen hatten, besprach ihn unser Genosse vom Standpunkt der Interessen der Allgemeinheit, insbesondere der Wohnungsmieter, aus.

Die Debatte wird am Dienstag fortgesetzt.

#### Eine Besprechung im Haag.

Im Haag hat in der vorigen Woche eine parteigenössliche Besprechung stattgefunden, an der die Genossen Ebert und Scheidemann, sowie die Genossen Troelstra und van Kol als holländische Mitglieder des Exekutivkomitees und Genosse Camille Huysmans als Sekretär des Internationalen Sozialistischen Bureau teilgenommen haben. Gegenstand der Besprechung war die Situation der sozialistischen Parteien in den kriegsführenden Ländern, sowie die bevorstehende Konferenz der Parteien in den Entente-Ländern. Außerdem wurden besprochen die belgische Arbeiterfrage und die Behandlung der Kriegsgefangenen. — Die holländischen Genossen und auch der Sekretär des Internationalen Sozialistischen Bureau wollen auch fernerhin bemüht sein, eine Aussprache der sozialistischen Parteien der kriegsführenden Länder herbeizuführen. —

Sonstige Zeitungsnachrichten, die über diese Besprechung und ihr Ergebnis verbreitet worden sind, beruhen auf teilweise unrichtigen Informationen.

#### Zwei Parlamente.

Zwischen der parlamentarischen Erledigung des Hilfsdienstgesetzes im Deutschen Reichstag und der Beratung des österreichischen Kriegslieferungsgesetzes im Jahre 1912 bestehen sehr bemerkenswerte Unterschiede, auf die die Wiener „Arbeiter-Zeitung“ hinweist. Das österreichische Gesetz handelte allerdings nur ziemlich nebenbei von persönlichen, meist nur von dinglichen Leistungen und es wurde zwar auch in kriegsdringender, aber doch noch in Friedenszeit beraten. Indessen vollzog sich dies unter stetem Druck der damaligen Regierung Stürggh, die zuerst mit Berufung auf die Notwendigkeit der Uebereinstimmung mit Ungarn Gesetzgebung, dann aber schlichtweg mit der Drohung der Utröyierung jede Aenderung, ja selbst das Beantragen von Aenderungen zu verhindern suchte. Dabei fehlte ihr eine Rechtsgrundlage, wie man sie im deutschen Ermächtigungsgesetz vom 4. August 1914 bei gutem Willen und bereitwilliger Auslegungslust allenfalls hätte finden können. Aber sie hatte den § 14.

Dazu kam nun eine Obstruktion der Tschechischradikalen, die an ihrem Teil dem Abgeordnetenhaus den letzten Rest von würdiger Beratungsmöglichkeit raubte: sechszehnstündige Reden, ganznächtlige Ausschuhberatungen und zum Abschluß eine sechsundfünfzigstündige Plenarsitzung — das war die Erledigung eines so wichtigen Gesetzes, auf dessen erste Lesung man das Haus hatte verzichten lassen und für dessen Annahme eine zweifellose starke Mehrheit vorhanden war. Die Obstruktion hätte die Verabschiedung nur verzögern können, und Eile konnte damals, im Frieden, doch nicht geboten sein.

Diese Obstruktion wurde übrigens später in ihrer wahren Gestalt enthüllt. In einem politischen Beleidigungsprozeß sagte Ministerpräsident Graf Stürggh vor dem Prager Schwur- als Pöbelgericht anfangs Juli 1914 aus, daß während jener Obstruktion einer ihrer Teilnehmer, der Abg. Dr. Schwihla der Regierung angeboten hatte, gegen das Zugeständnis einiger Abänderungen des Gesetzes

um Hergabe einer größeren Geldsumme — Graf Stürggh wußte den Betrag nicht mehr, sprach aber von mehr als 100 000 Kronen — die Obstruktion einzustellen. Gätte die Regierung jenen Erpressungsversuch sofort bekanntgegeben, so wäre diese und vielleicht auch manche spätere Obstruktion erledigt gewesen. Aber die Folge wäre freilich ein arbeitsfähiges Parlament gewesen.

Wenn man sich demgegenüber die Beratung im Deutschen Reichstage vor Augen führt, so braucht man kein Pharisäer zu sein, um festzustellen, daß es bei uns doch anders ist.

### Das Kriegsziel der „sechs Verbände“.

Der Alldeutsche Verband veröffentlicht jetzt die vielgenannte Kriegsziel-Eingabe der sechs Wirtschaftsverbände an den Reichstag vom 5. Mai 1915. Sie fordert Polen, Litauen und die Ostseeprovinzen von Rußland. Sie erklärt im Westen Deutschland nur geschützt, wenn zur Sicherung England gegenüber Belgien in der Hand behalten und die nordfranzösische Küste am Kanal bis etwa zur Mündung der Somme gewonnen wird; zur Sicherung Frankreich gegenüber entsprechendes Hinterland der nordfranzösischen Küste und die Festungslinie Verdun—Belfort in unsere Hand gelangen. Ferner sagt die Eingabe:

Zur wirklichen Sicherung der Westküste erscheint aber ferner unerlässlich: in Belgien die Regierung des Landes unter Trennung der Verwaltung des flämischen und des wallonischen Teiles so zu führen, daß die Bewohner keinen Einfluß auf die politischen Geschicke des Reiches haben und ferner der französisch gesinnten und verweltlichten Oberschicht — zur Verhütung eines Rotabelntums, wie einst in Elsass-Lothringen — die ihnen die Veberrschung des Landes ermöglichenden Unternehmungen und Besitzungen durch Ueberführung in die deutsche Hand zu entziehen; in dem von Frankreich erlangten Gebiete in Erinnerung an die in Elsass-Lothringen gewonnenen schmerzlichen Erfahrungen der Bevölkerung gleich den Bewohnern Belgiens keinen politischen Einfluß auf die Geschicke des Deutschen Reiches zu gewähren und die in diesem Gebiet vorhandenen wirtschaftlichen Nachmittel einschließlich des größeren und mittleren ländlichen Besitzes unter Entschädigung und Uebernahme der Eigentümer durch Frankreich in deutsche Hand überzuführen.

Zum Schluß wird noch zur Sicherung der wirtschaftlichen Unabhängigkeit Deutschlands Ausdehnung unseres Kolonialreiches gefordert.

Auch in einer Zeit freierer Kritik als der jetzigen dürfte sich niemand in Deutschland finden, der der Eingabe übergroße Bescheidenheit vorwirft.

### Der neue bayerische Kriegsminister.

Die Korrespondenz Hoffmann meldet amtlich: Der König hat den Generalleutnant und Kommandeur der Kavallerie-Division Philipp v. Hellingrath zum Staatsrat im ordentlichen Rat und Kriegsminister ernannt.

Der Bundesrat hat gestern die Vorlage über die Ersparnis von Brennstoffen und Beleuchtungsmitteln angenommen.

Die neuen Gesetze über die Schuchast und den Belagerungszustand treten am 20. Dezember in Kraft. Als militärischer Oberbefehlshaber, der über die Beschwerden gegen die Anordnungen der militärischen Befehlshaber zu entscheiden hat, ist der Kriegsminister General v. Stein bestimmt worden.

Ein Dementi des Staatssekretärs Zimmermann. Die Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ teilt mit: Aus einem Artikel der „New York World“ werden Bruchstücke veröffentlicht, die auch angebliche Äußerungen des Staatssekretärs Zimmermann enthalten. Nach den vorliegenden Auszügen der Presse hat der Korrespondent des New Yorker Blattes den Inhalt eines flüchtigen Gesprächs mit dem Staatssekretär unzutreffend wiedergegeben. Die Unterhaltung bezog sich lediglich auf die Kriegslage, die Friedensausichten und die Haltung des Präsidenten Wilson und der Vereinigten Staaten zu Deutschland. Zu Fragen der inneren Politik hat der Staatssekretär nicht Stellung genommen.

### Letzte Nachrichten.

#### Ein Schritt näher zum Frieden.

Stockholm, 11. Dezember. (W. Z. V.) „Aya Dagligt Allehanda“ vom 10. Dezember schreibt: Deutschlands Sieg auf dem Balkan ist entschieden. Wie schlecht die Entente ihre Sache anstellt, beweist der kampflose Personalwechsel in leitenden Stellen bei der Entente. „Stockholms Tidningen“ hebt hervor, daß die Eroberung Rumäniens die Welt einen Schritt näher zum Frieden brächte. Deutschland sei das Land, das bisher am offensten unverhohlen Friedensgenetigkeit bekann gegeben habe. Die Entente müsse nunmehr vom nüchternen geschäftsmäßigen Standpunkt aus die Lage als verloren ansehen. Deutschland könne nach den letzten Erfolgen nochmals offen Friedensgenetigkeit kundgeben, ohne daß dies als militärische Schwäche von irgend jemand ausgelegt werden könne.

#### Amerika macht keine Friedensvorschläge.

Washington, 11. Dezember. Neutermeldung. Ein sehr hoher Beamter hat erklärt, daß die Vereinigten Staaten kein Vermittlungsangebot und keine Friedensvorschläge gemacht haben und dieses auch nicht in der nächsten Zukunft zu tun gedenken, außer, wenn in den Weltereignissen eine ganz unerwartete Wendung eintreten sollte.

#### Die Angst um Sarrail.

Bern, 11. Dezember. (W. Z. V.) „Secolo“ meldet aus Athen: „Rea Dimera“ berichtet: Der italienische Gesandte Vossari und Ministerpräsident Lambros suchen nach einer Lösung zur Vermeidung eines Konfliktes. Vossari habe Lambros die Gesichtspunkte der Entente dargelegt, die befürchtet, das griechische Heer werde Sarrail in den Rücken fallen. Griechenland ist bereit, wirkliche Bürgschaft zu geben, indem es seine Truppen in Gegenden zusammenzieht, die völlige Sicherheit bieten. König Konstantin verlangte Sicherheitsmaßnahmen gegen die von den Revolutionären drohende Gefahr. Falls eine Einigung auf dieser Grundlage zustande kommt, wird man ein endgültiges Abkommen treffen.

#### Streikverbot in England.

London, 8. Dezember. (W. Z. V.) Die englische Regierung hat auf Grund des Munitionsgesetzes den Streik der Handwerker unter den Baumwollwebern von Lancashire verboten.

#### Das Verfahren gegen Frih Adler.

Wien, 11. Dezember. (W. Z. V.) Wie die Blätter melden, wird der Prozeß gegen den Mörder des Ministerpräsidenten Grafen Stürggh, Dr. Friedrich Adler, erst in einem späteren Zeitpunkt, als ursprünglich angelegt war, stattfinden. Es wurde dem Einsprache gegen die bereits erhobene Anklage teilweise stattgegeben, in dem das Oberlandesgericht die Einholung eines Fakultätsgutachtens über den Geisteszustand des Angeklagten angeordnet hat.

# Gewerkschaftliches.

## Eine Gewerkschaftskonferenz zum Hilfsdienstgesetz.

Um die Interessen der Arbeiter bei der Durchführung des Hilfsdienstgesetzes zu wahren, ist die Mitwirkung der gewerkschaftlichen Organisationen sehr notwendig. Die Leitungen der Gewerkschaftsverbände hielten daher eine Beratung und nähere Besprechung des Gesetzes zum mindesten mit den Sauberevollmächtigten für zeitgemäß, um so auch Klarheit über die näheren Bestimmungen und Auslegungen des Gesetzes zu schaffen. Diesem Zwecke wird eine heute vormittag 10 Uhr in den Germania-Sälen in Berlin tagende Konferenz dienen, die von Vertretern unserer Zentralverbände sowie der christlichen, Kirch-Dunderschen Gewerkschaften, der polnischen Berufsvereinigungen und der Privatangestelltenverbände besetzt sein wird. Zu der Konferenz sind ausschließlich Vertreter der Vorstände der genannten Organisationen, die Sauberevollmächtigten und einige Bevollmächtigte der größten Ortsverwaltungen delegiert. Der 2. Vorsitzende der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands, Genosse G. Bauer, wird Bericht erstatten über das Gesetz, während ein Vertreter der christlichen Gewerkschaften, der Reichstagsabgeordnete Behrens, über die Mitwirkung der gewerkschaftlichen Organisationen und Angestelltenverbände bei der Durchführung des Gesetzes referieren wird.

## Lohnarbeitsabschluss in der Berliner Hutindustrie.

Der Verband der Hutmacher hat mit dem Verband der Berliner Damenhutfabrikanten für die Saison 1916/17 einen Lohnarbeitsabschluss geschlossen.

Daneben beträgt der tarifliche Wochenlohn für Arbeiter in der Saison 50 M. In Ausnahmefällen entscheiden zunächst der beteiligte Unternehmer und Arbeiter, in Differenzfällen die Vertreter der Vertragsparteien. Für die Uebergangszeit beträgt der tarifliche Wochenlohn 45 M. Werden Muster in Afford gemacht, wird ein Musterzuschlag von 25 Proz. bezahlt. Auf alle Afford- und Wochenlöhne wird ein Teuerungszuschlag von 10 Proz. bezahlt. Dort, wo bereits höhere Löhne oder Zuschläge bezahlt werden, bleiben diese bestehen. — Näherinnen und Garnierinnen erhalten während der Musterzeit und bei voller Arbeitszeit auf die bisherigen Wochenlöhne einen Teuerungszuschlag von 5 M. die Woche. Bei Affordentlohnung während der Musterzeit werden den Näherinnen und Garnierinnen dieselben Verdienste zugesichert, wie sie den in Wochenlohn zugänglich Teuerungszuschlag arbeitenden Näherinnen und Garnierinnen bewilligt wurden. Auf alle Geschlechtsstärkpreise wird ein Zuschlag von 10 Proz. gezahlt; wo höhere Stärkpreise bezahlt werden, bleiben diese bestehen. Allen in Wochenlohn arbeitenden Garnierinnen, Kopfauffeherinnen, Staffierinnen und Aufschlägerinnen wird ein Lohnzuschlag von 5 M. die Woche, allen in Afford Arbeitenden ein Lohnzuschlag von 10 Proz. bezahlt. Der bisherige bzw. vorjährige Zwischenpreis bleibt bestehen, eine Erhöhung infolge des gestiegenen Einkaufspreises darf nicht eintreten. — Sämtliche Affordlöhne für Betriebs- und Heimarbeiter sind die gleichen. Die Arbeitszeit ist eine achtstündige, sie dauert einschließlich einer Stunde Pause von früh 8 Uhr bis nachmittags 5 Uhr. An den Sonnabenden und den Tagen vor den gesetzlichen Feiertagen erfolgt der Arbeitsabschluss 2 Stunden früher. Dieser Lohnarbeitsvertrag tritt am 1. Dezember in Kraft und ist in allen Betrieben an sichtbarer Stelle auszuhängen.

## Verband der Berliner Damenhutfabrikanten.

Verband der Hut- und Filzwarenarbeiter und -arbeiterinnen. Zentrale Berlin.

Aufgabe der Hutarbeiter und -arbeiterinnen muß es nun sein, sich darüber zu machen, daß dieser Vertrag in allen seinen Teilen in allen Betrieben durchgeführt wird. Unregelmäßigkeiten oder Verstöße gegen den Lohnarbeitsvertrag sind umgehend dem Geschäftsführer des Verbandes, Max Rödel, Engelauer 15, Zimmer 37, mitzuteilen. Die Ortsverwaltung.

## Die Frauenarbeit in der Berliner Metallindustrie.

In einer am Sonntag abgehaltenen Versammlung der in der Metallindustrie beschäftigten Arbeiterinnen führte Sie ring u. a. folgendes aus:

Je mehr sich im Laufe des Krieges ein Mangel an männlichen Arbeitskräften in der Metallindustrie bemerkbar machte, desto mehr stieg die Zahl der beschäftigten Frauen. Arbeitsleistung und Verbollkommenheit der technischen Einrichtungen machten es möglich, daß gelehrte Arbeiter mehr und mehr durch Ungerlehrte ersetzt werden konnten. Bald fanden auch die Unternehmer, daß sie an Stelle ungelernter männlicher Arbeitskräfte Frauen beschäftigen konnten. Während in der Berliner Metallindustrie vor dem Kriege ungefähr 30 000 Arbeiterinnen tätig waren, ist deren Zahl jetzt auf mehr als 100 000 gestiegen. Trotz dieser gewaltigen Steigerung ist heute noch ein überaus starkes Angebot weiblicher Arbeitskräfte vorhanden, so daß die Zahl der arbeitslosen Frauen ständig zugenommen hat, während männliche Arbeitslose in der Metallindustrie fast gar nicht mehr zu verzeichnen sind. Das kommt daher, daß sich die Zahl der Frauen und Mädchen, die auf Gewerbe angewiesen sind, ständig vermehrt hat und weil aus anderen Berufen, in denen sich zurzeit keine ausreichende Erwerbsmöglichkeit bietet, ein starker Zufluss weiblicher Arbeitskräfte in die Metallindustrie vollzogen hat. Die Folge dieser Verschiebung ist die, daß jetzt auf 100 arbeitslose Männer wenigstens 150 arbeitslose Frauen kommen. — Die Löhne, die den Arbeiterinnen gezahlt werden, stehen in sehr schlechtem Verhältnis zu den von ihnen geforderten Leistungen. In Berlin ist die Entlohnung immerhin etwas besser als in anderen Orten des Reiches, wo noch kürzlich festgestellt wurde, daß die Arbeiterinnen Stundenlöhne von 18 bis 20 Pf. erhalten. Aber auch in Berlin soll es in einzelnen Fällen, die allerdings die Ausnahme bilden, noch vorkommen, daß Arbeiterinnen mit 20 Pf. entlohnt werden. In der Regel beträgt in Berlin der Stundenlohn für Arbeiterinnen in der Metallindustrie 40 bis 50 Pf. Auch der Affordverdienst hält sich im allgemeinen auf dieser bescheidenen Höhe. In wenigen Fällen wird ein Stundenverdienst von 70, 80, 90 Pf., ausnahmsweise, aber ganz vereinzelt, auch wohl bis 1,20 M. erzielt. Im Durchschnitt dürfte sich der Stundenlohn der Arbeiterinnen auf höchstens 60 Pf. belaufen. — Aufgabe der Arbeiterinnen ist es, ihre Aufmerksamkeit auf diese Verhältnisse zu lenken und dafür zu sorgen, daß ihre Löhne auf eine Höhe gebracht werden, die den Leistungen und den heutigen Lebensmittelpreisen angemessen ist. Als angemessen für die Arbeiterinnen erscheint uns die achtstündige Arbeitszeit und ein Stundenlohn von mindestens 1 M. — Erfreulich ist es, daß die Zahl der weiblichen Mitglieder des Metallarbeiterverbandes ständig zunimmt. Die Zahl beträgt jetzt 16 000. Aber im Verhältnis zur Zahl der in der Metallindustrie beschäftigten Arbeiterinnen ist das viel zu wenig. Es muß also dafür gesorgt werden, daß die Zahl der weiblichen Mitglieder größer wird.

Die mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Ausführungen des Referenten wurden in der Diskussion durch mehrere Arbeiterinnen an Beispielen aus dem täglichen Leben bestätigt und ergänzt.

Die Versammlung nahm einstimmig eine Resolution an, die die Leitung des Metallarbeiterverbandes ersucht, bei den zuständigen Stellen nochmals Schritte zu tun, um die Wiederherstellung der Arbeiterinnenbeschäftigung zu erwirken, und zwar verstärkt

durch die Forderung: Achtstündige Arbeitszeit, sowie gleicher Lohn für Männer und Frauen.

## Keine Kündigung des Tarifs der Bauhölzer und Geldschrankhölzer.

Eine gemeinsame Branchenversammlung der in der Bau- und Geldschrankindustrie beschäftigten Schloffer nahm am Sonntag Stellung zu der Frage, ob die Tarifverträge zu kündigen seien; sie laufen am 1. April ab. Erfolge keine Kündigung, laufen sie ein Jahr weiter. Die Versammlung erörterte eingehend alle in Betracht kommenden Umstände und kam dann zu dem ziemlich einstimmig gefaßten Beschluß, die Tarife nicht zu kündigen, sondern sie auf ein Jahr weiter laufen zu lassen. Es kommen vier Tarifverträge in Frage: die beiden allgemeinen Tarife für die Bauhölzer und für die Geldschrankhölzer und zwei Betriebs-Tarife. Der Beschluß gilt für alle vier Tarife. — Von der Aufstellung einer allgemeinen Forderung der Teuerungszulagen wurde Abstand genommen, weil Teuerungszulagen schon in einzelnen Betrieben in verschiedenen Formen bestehen und auch die Arbeitsverhältnisse so verschieden sind, daß eine generelle Regelung ausgeschlossen erscheint, zum mindesten aber großen Schwierigkeiten begegnen würde.

Die städtischen Arbeiter der Berliner Straßenreinigung beschäftigten sich in einer Versammlung am Donnerstag mit: „Warum erhält das Personal der städtischen Straßenreinigung die Teuerungszulage erst ab 1. September?“ In einer Erklärung sprach die Versammlung ihr Bedauern darüber aus, daß bei der diesmaligen Teuerungszulage die Arbeiter der Straßenreinigung nicht nur wieder zuletzt berücksichtigt worden sind, sondern daß auch die nun endlich gewährte Zulage weit hinter dem zurückbleibt, was in den anderen städtischen Betrieben gewährt worden ist; dort beträgt die Zulage das Doppelte. Die Versammlung protestierte gegen diese Zurücksetzung und ersucht die städtischen Körperschaften, die Teuerungszulage für die Arbeiter der Straßenreinigung einer nochmaligen Revision zu unterziehen und sie der der übrigen Betriebe gleichzustellen. Der Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter wurde beauftragt, diese Entschließung der Öffentlichkeit und den städtischen Körperschaften zu unterbreiten. Von den städtischen Körperschaften wird erwartet, daß sie die berechtigten Wünsche der Arbeiter anerkennen und baldmöglichst berücksichtigen. An das gesamte Personal der städtischen Straßenreinigung richtete die Versammlung die Aufforderung, dem Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter beizutreten, da nur eine starke Organisation in der Lage sei, eine ausreichende und dauernde Verbesserung der Arbeitsbedingungen herbeizuführen.

## Weihnachtsunterstützung im Verband der Textilarbeiter.

Den Familienangehörigen der Mitglieder des Textilarbeiterverbandes wird, wenn das Mitglied vor dem 1. November d. J. zum Seeresdienst eingezogen ist und 52 Wochenbeiträge gezahlt hat, vom Verband eine Weihnachtsunterstützung gewährt. Die Unterstützung wird im Laufe dieses Monats in der Geschäftsstelle, Andreaskstr. 17, gegen Vorzeigung des Unterstützungsbogens ausgezahlt.

# Aus der Partei.

## Das Verhältnis der deutschen Parteigruppen zu denen Frankreichs.

Es ist schon des öfteren betont worden, daß man sich durch die äußerliche Ähnlichkeit der Bezeichnung „Reinheit“ und „Minderheit“ nicht verleiten lassen darf, einfach die deutsche Parteimehrheit der französischen Minorität, die deutsche Minderheit der französischen Mehrheitsgruppe gleichzusetzen. Legt man das Schwergewicht nicht auf den gleichen Klang der Namen, sondern auf die im Kriege tatsächlich betätigten Prinzipien, so verlaufen die Parallelen ganz anders. Nach ihrer inneren Auffassung über Vaterlandsvorliebe, Kreditbewilligung und Annexionen verhalten sich die Gruppen folgendermaßen: Die französische Mehrheit steht rechts von der gesamten deutschen Partei. Die deutsche Mehrheit und das Gros der französischen Minderheit stehen etwa gleich. Der „Arbeitsgemeinschaft“ entsprechen etwa die drei französischen „Kienhale“. Die Spartakusgruppe findet in Frankreich keine Parallele, sie steht links der gesamten französischen Partei. Es ergibt sich also das Bild, als seien zwei gleich lange Stäbe mit je drei Abschnitten aufeinandergelegt, aber nicht mit den Enden abschneidend, sondern so, daß jeweils auf einer Seite ein Abschnitt übersteht.

Diese Auffassung bestätigt eine gänzlich unparteiische Seite, das Wochenblatt „Call“, das Organ der Britischen Sozialistischen Partei. Nach einem Auszug des Pariser „Populaire“ (des französischen Minderheitsorgans) schreibt das englische Blatt:

„Die merkwürdigen Reden, die auf der deutschen Reichskonferenz gehalten wurden, sowie die Erklärungen Liebknechts über seine Haltung zeigen in entscheidender Weise die Ueberlegenheit der Haltung der deutschen Sozialisten über die der französischen. Derjenige Teil der deutschen Partei, der durch Lenin, Poenisch und Koll geführt wird, ist ebenso schlecht, wie der schlimmste in England oder Frankreich. Das sind Chauvinisten und Imperialisten. Und es ist bezeichnend, daß man von ihnen auf der Reichskonferenz nichts hörte. Auf dem entgegengesetzten Flügel befinden sich Liebknecht und seine Freunde, die von den französischen Sozialisten und Nichtsozialisten in den Himmel gehoben werden, aber unter ihnen keine Kachhaber finden. Sogar die drei „Kienhale“ stehen tief unter dem Niveau Liebknechts. Ruffin-Dugens hat in seiner letzten Rede seine Anhänglichkeit an die nationale Verteidigung stark betont, und er hat sein Bedauern darüber ausgesprochen, daß er die deutschen Sozialisten „Genossen“ genannt hatte. Diese Verleugnung der Kameradschaft läßt ihn tief unter die gemäßigste Opposition sinken, die durch Daafe und Kautsky vertreten ist. Diese sind wohl für die „nationale Verteidigung“, aber ihre Solidarität bezieht sich nicht auf die bürgerlichen Klassen, sondern auf alle Arbeiterklassen der Welt: der freundlichen, neutralen und feindseligen Länder. Ihre Haltung ist — oberflächlich betrachtet — derjenigen der Gruppe Longuet ähnlich, aber diese ist in Wirklichkeit noch sehr weit von ihrem Muster entfernt. Die Gruppe Daafe-Kautsky predigt nicht die heilige Einigkeit, sie bewilligt keine Kriegskredite, sie hat nichts gemein mit der Regierung, gegen die sie immer kämpft. Anders handelt die Gruppe Longuet: sie bewilligt die Kredite, sie betont die Notwendigkeit der nationalen Solidarität, sie unterstützt die Regierung und deren sozialistische Mitglieder. Die einzige Frage, in der sie sich von der Renaudel-Mehrheit unterscheidet, betrifft die Einberufung des Internationalen Sozialistischen Bureau. Aber diese Forderung wird auch von der Scheidemann-Mehrheit kräftig unterstützt. Diese Mehrheit hat noch den Vorzug vor der Gruppe Longuet, daß sie für sich die Befehle der internationalen Kongresse anrufen kann, während die Gruppe Longuet dies für ihre eifrig-lohringische Forderung nicht tun kann. Das ist ein Umstand, der die Scheidemann-Mehrheit in eine günstige Position versetzt als die Renaudel-Mehrheit, oder sogar als die Longuet-Minorität. Die Scheidemann-Mehrheit hat sich erklärt für einen sofortigen Frieden ohne Annexion, während Renaudel und Longuet den Krieg bis zur Eroberung Elsas-Lothringens fortsetzen wollen.“

Nach dieser Auffassung steht die deutsche Mehrheit sogar noch links von der französischen Minderheit, während die drei „Kienhale“ rechts der Daafegruppe stehen.

Aus dem Osthaer Parteileben. Man schreibt uns: Der letzten Mitgliederversammlung des Ortsvereins Gotha lag eine der üblichen Spartakusresolutionen vor, die sich nicht nur gegen die Parteimehrheit, sondern auch gegen die mangelhafte Grundlaglichkeit der

„S. A. G.“ wandte. Auch die Beitragsperre wurde von gleicher Seite propagiert. Gegen diese wurde geltend gemacht, daß die Spartakusleute sich an die falsche Instanz gewandt hätten. Der einzelne Ortsverein sei nicht kompetent zur Durchführung der Beitragsperre. Solche Resolutionen seien an den Landesvorstand bzw. Landesparteitag zu richten. In der Diskussion wandte sich u. a. Genosse Bod gegen „dieses fortwährende die Bewegung schädigende Treiben“. Nach stundenlangem Diskurs wurde die Resolution bei einigen Enthaltungen von der stark geleerten Versammlung mit 19 gegen 9 Stimmen abgelehnt.

Noch eine Berichtigung. Genosse Kautsky schreibt uns noch: „Ich lege Wert darauf, festzustellen, daß ich nicht zu den Abonnementen des „Vorwärts“ gehöre. Wenn ich fortfahre, sein alter Leser zu sein, ist das eine Folge des Umstandes, daß die „Neue Zeit“ mit dem „Vorwärts“ im Austauschverhältnis steht.“ Also, Genosse Kautsky kriegt den „Vorwärts“ umsonst. So gut kanns freilich nicht jeder haben!

# Aus Industrie und Handel.

## Die amerikanische Kreditgewährung.

Unter den vielen harten Schlägen, die die Verbändemächte in den letzten Monaten erhalten haben, ist einer der härtesten, wenn auch im breiten Publikum Deutschlands wenigst beachteten die Warnung des amerikanischen Bundes-Reservebeamten an die Banken, ihre Gelder in mehr oder minder langlaufenden Scheckanweisungen der Verbündeten anzulegen. Die Verbändestaaten können ihren Verpflichtungen an die Vereinigten Staaten nur schwer nachkommen. Sie suchen sich deshalb durch Verkauf von neutralen, bisher in ihrem Besitz befindlichen Wertpapieren und durch Aufnahme von Anleihen Guthaben zu schaffen. Daraus wollen sie ihre Schulden decken, ohne durch ein zu großes Angebot ihrer Zahlungsmittel den Preis derselben zu drücken. Insbesondere ist England daran interessiert, den Kurs des Sterling nicht sinken zu lassen, tatsächlich kann es als großer Erfolg die Beschränkung seiner Währungsverschlechterung auf nur 3 Proz. buchen. Wenn ihm keine Guthaben zur Verfügung stehen und es den Wechselkurs nicht sinken lassen will, so muß es entweder in neutralen Wertpapieren oder in dem Weltgelde Gold zahlen. Beide Methoden haben ihre Grenzen, die noch unterhalb der Größe des Besitzes an Gold und neutralen Wertpapieren liegen. Denn England kann weder alles Gold exportieren, noch wird es auf alle Wertpapiere verzichten wollen, deren bisheriger Besitz eine starke Säule seiner Weltbeherrschung gewesen ist. Der Präsident des Bundes-Reservebeamten hat sich trotz seiner hantburgischen Abstammung nur von amerikanischen Interessen leiten lassen, wie sich aus seinem Rundschreiben ergibt, worin es u. a. heißt: „Wir brauchen nicht zu befürchten, daß unser Geschäft wesentlich zurückgehen wird, falls wir bei der Erteilung von Vorschüssen konservativere Grundsätze beobachten; es befinden sich noch Hunderte von Millionen eigener und fremder Sicherheiten in auswärtigem Besitz, welche unsere Kapitalisten mit Freuden übernehmen dürften, außerdem kann der Handel in andere Richtungen geleitet werden. Nach Ansicht des Boards haben unsere Banken die Pflicht, sich liquid zu halten, um fortfahren zu können, unseren heimischen Bedürfnissen zu genügen, deren Art und Umfang niemand voraussehen kann, so daß unsere gegenwärtige wirtschaftliche und finanzielle Kraft aufrechterhalten wird, wenn bei Beendigung des Krieges wir unseren vollen Anteil an dem Werke internationaler Rekonstruktion und Entwicklung, welches alsdann vor uns liegt, erfüllen wollen, und wenn eine klarere Ueberblick über die ökonomischen Verhältnisse, wie sie dann bestehen werden, das Land in die Lage versetzt, mit größerer Sicherheit und Umsicht an der finanziellen Wiederherstellung der Welt Anteil zu nehmen.“ Wenn infolge dieser Haltung des Bundes-Reservebeamten die englische Währung eine weitergehende Verschlechterung erfährt, so werden die Vereinigten Staaten neuen großen Gewinn internationalen Zahlungen in der Währung gezahlt werden, deren Geltungsbereich und Werbeständigkeit am größten sind. Diese schweren Nachteile werden zweifellos beitragen, den wenigstens nach außen stürmischen Kriegswillen der Feinde zu dämpfen.

Nichts wäre aber lächerlicher als Schadenfreude. Auch Deutschland hat über die Entwertung seines Geldes zu klagen, auch Deutschland muß seinen Besitz an ausländischen Papieren abstoßen und damit auf einen politischen Nachfaktor verzichten, auch Deutschland wird nach dem Kriege den scharfen Wettbewerb der glücklichen Vereinigten Staaten empfinden. Am wichtigsten aber scheint uns, daß das Rundschreiben des Bundes-Reservebeamten, das die Krediteinschränkung an das Ausland empfiehlt, auch Deutschland oder deutschen Banken es erschweren wird, Warenbegüter der Uebersee in den Vereinigten Staaten zu finanzieren und dadurch seine Währung zu schonen.

Amerika gewinnt in dem Kriege, in dem sich das alte Europa zerfleischt. Die Hercules Powder Co., eine Pulverfabrik, hat nach erhöhten Abschreibungen ihren Nettogewinn von 0,99 auf 2,36 Dollar und schließlich 13,11 Millionen Dollar steigern können, die Gewinne immer berechnet auf die ersten neun Monate der Jahre 1914, 1915 und 1916. Daher wurden auch für die ersten drei Viertel Jahre von 1916 40 Proz. gegen 4,5 Proz. derselben Zeit des Jahres 1914 verteilt.

## Der Stahlwerksverband ist unzufrieden.

Infolge des Druckes der Regierung hat der Stahlwerksverband seit dem zweiten Vierteljahr 1916, wo eine Erhöhung von 20 M. pro Tonne stattfand, kein Preiserhöhung mehr vorgenommen. Die Tonne Formeisen (Frachtbasis Diederhoben) kostet 160 M., Rohblöcke 127,50 M. Die nichtstandardisierten sogenannten B-Produkte sind im Gegensatz zu normalen Zeiten erheblich teurer als die standardisierten. In der „Frankfurter Ztg.“ glaubte ein Korrespondent eine noch größere Knappheit an Halbmaterial voraussetzen zu können, wenn die Preise nicht erhöht werden, weil die Werke die profitablere Herstellung von B-Produkten und von nicht unter die Verbändelänge fallendem Halbzeug vorziehen würden. Diese Drohung zeigt, wohin man kommt, wenn auf eine organisatorische Einrichtung verzichtet und der Preis als Regulativ der Volkswirtschaft betrachtet wird. Uns aber scheint, daß auch die Preise der B-Produkte gedrückt werden müßten, nicht aber daß die standardisierten A-Produkte mit Rücksicht auf die B-Produkte im Preise erhöht werden müßten.

## Aus dem Berliner Wirtschaftsleben.

Dank rechtzeitiger Maßregeln aus dem Auslande und Erwerb von Brauolantingen hat die Brauerei Ernst Engeldardt Kachfoler in Berlin-Pankow ihre Abschreibungen von 352 911 Mark auf 711 174 M. und ihren Reingewinn von 502 290 M. auf 537 379 M. steigern können. Bei 2 000 000 M. Kapital wurde die Dividende von 13 auf 15 Proz. erhöht.

Die Unfallverhütung während des Krieges.

Von R. Kayser.

Bei der Durchführung des Gesetzes über den vaterländischen Hilfsdienst wird sich die Notwendigkeit ergeben, Arbeiter aus ihrer sonstigen Beschäftigung zu entfernen und sie in Betrieben und Berufsgenossenschaften unterzubringen, deren Arbeitsmethoden ihnen zunächst fremd sind.

Eine Steigerung der Zahl der Unfälle im Verhältnis zu der Zahl der durchschnittlich beschäftigten Arbeiter ist seither schon aus den Berichten der Berufsgenossenschaften festgestellt worden. In einem Rundschreiben vom 30. Oktober 1916 an die gewerblichen Berufsgenossenschaften zählt das Reichsversicherungsamt eine Reihe von Gründen auf, welche die Zunahme der Unfälle hauptsächlich verschuldet haben.

Gewissermaßen als Trost sagt das Reichsversicherungsamt an einer Stelle seines Rundschlusses, es habe sich überzeugt, daß bei keiner Berufsgenossenschaft die Unfallziffer eine Höhe erreicht hat, die gegenüber der Friedensziffer bedenklich wäre. Aber dieser Trost hat nur einen recht problematischen Wert, und es wäre verfehlt, wollte man im Vertrauen darauf die Dinge laufen lassen.

Das Reichsversicherungsamt liefert mit dieser Stelle seines Erlasses ein wertvolles Material zu der Beurteilung der „Rentensucht“ der Arbeiter, die sonst in den Veröffentlichungen der Berufsgenossenschaften und in den Gutachten ihrer Vertrauensärzte eine so große Rolle spielt.

Recht bedenklich stimmt die Mitteilung, daß die Berufsgenossenschaften die zahlreichen Gesuche um Zulassung jugendlicher Arbeiter zur Bedienung unfallgefährlicher Maschinen meist genehmigten. Es heißt zwar dann weiter, daß die Genehmigung zum Teil nur unter der Bedingung erteilt wurde, daß die Genehmigung der staatlichen Gewerbeinspektion erteilt war und daß die Beschäftigung nur nach eingehender Unterweisung in den Unfallverhütungsvorschriften, nur an sorgfältig gegen Unfall gesicherten Maschinen und nur während der Kriegsdauer erfolgte.

Die Beaufsichtigung der Betriebe durch die Organe der Berufsgenossenschaften ist schon im Frieden nur recht mangelhaft ausgebildet. Die Zahl der technischen Aufsichtsbeamten ist viel zu gering, sie hat aber während des Krieges durch die Einberufung vieler Beamten zum Seeresdienst eine weitere Verminderung erfahren.

Die Einführung des Gesetzes über den vaterländischen Hilfsdienst macht es notwendig, der Unfallverhütung eine ganz besondere Aufmerksamkeit zu widmen. Der Vorfahrt, die vielfach auf diesem Gebiete während des Krieges eingerissen ist, muß ernsthaft gesteuert werden. Die Gründe, die nach den Feststellungen des Reichsversicherungsamtes hauptsächlich die Zunahme der Unfälle veranlaßt haben, müssen nach Möglichkeit abgestellt werden.

Sehr zu beachten ist es, daß das Reichsversicherungsamt in der starken Heranziehung der Arbeitskräfte zu Ueber-

stunden einen wichtigen Grund für die Zunahme der Unfälle erkannt hat. Hier muß und kann Abhilfe geschaffen werden. Durch praktische Erfahrungen ist hinreichend bewiesen worden, daß mit der Dauer der täglichen Arbeitszeit die Arbeitsleistung keineswegs steigt; eine solche ist im Gegenteil häufig bei einer Verkürzung der Arbeitszeit festgestellt worden. Diese Erfahrungen sind in der Kriegsindustrie viel zu wenig beachtet worden.

Mit ganz besonderem Nachdruck muß aber eine wirksame Ueberwachung der Betriebe gefordert werden. Nach dem gegenwärtigen Stande der Gesetzgebung teilen sich in diese die Gewerbeinspektoren und die technischen Aufsichtsbeamten der Berufsgenossenschaften. Die Veröffentlichung der Berichte der Gewerbeinspektoren ist während des Krieges eingestellt worden. Zweifellos ist infolge der Einberufung von Beamten zum Seeresdienst eine Einschränkung der Aufsichtstätigkeit eingetreten, deren Maß allerdings der Öffentlichkeit nicht bekannt ist.

Unter der Herrschaft des Hilfsdienstgesetzes muß in dieser Hinsicht eine gründliche Aenderung eintreten. Die Zahl der Aufsichtsbeamten muß auf den notwendigen Stand gebracht werden und wir müssen entschieden fordern, daß in weit härterem Maße, als das bisher der Fall war, Arbeiter zum Aufsichtsdienst herangezogen werden. Wo es gilt, Unfälle zu verhüten, darf keinerlei Rücksicht geübt werden.

Abgeordnetenhaus.

46. Sitzung, Montag, den 11. Dezember, mittags 12 Uhr.

Am Bundesratliche: Weseler. Nach debattierter Erledigung einiger kleinerer Vorlagen kommen zwei Gesetzesentwürfe über die Abförmung des juristischen Vorbereitungsdienstes und des Vorbereitungsdienstes zum höheren Verwaltungsdienst für Kriegsteilnehmer zur Beratung.

Abg. Fehr v. Camp (H.) regt an, Referendaren, die während des Krieges in besetzten Gebieten bereits wichtige Verwaltungsarbeit geleistet haben, eventuell eine längere Zeit als ein Jahr anzurechnen.

Justizminister Weseler sagt wohlwollendes Entgegenkommen gegenüber solchen Referendaren zu.

Abg. Cassel (Sp.) bittet, auch die Interessen des Publikums bei dieser Frage zu berücksichtigen. Es sollten besondere Kurse für die Kriegsteilnehmer eingerichtet werden. Vor allem müsse verlangt werden, daß bei den Anstellungen im Staatsdienst jeder Geeignete ohne Rücksicht auf Konfession

usw. zugelassen werde, gemäß dem Wort des Reichskanzlers: Jedem Tüchtigen freie Bahn! (Bravo! links.)

Ein Regierungskommissar erwidert, es werde auch jetzt nur nach der Tüchtigkeit und nicht nach guten Beziehungen der Beamtenanstellungen gesehen. (Lachen links.)

Abg. Wacco (nat.) verlangt bessere wirtschaftliche Vorbildung der Beamten. Die Notwendigkeit dieser Forderung habe sich gerade jetzt im Kriege gezeigt.

Abg. Cassel (Sp.): Ich habe von „Beziehungen“ gar nicht gesprochen. Die Bemerkung des Herrn Regierungskommissars war also sehr merkwürdig und ist ja auch von einem Teile des Hauses mit der gebührenden Heiterkeit aufgenommen worden. Man macht ja jetzt alle möglichen Statistiken; da möchte ich vorschlagen, einmal eine Statistik darüber aufzunehmen, welcher Art von subventionellen Verbindungen die Mehrheit der angenommenen Regierungskandidaten angehört. (Sehr gut! links.)

Damit schließt die Besprechung. Die Gesetzesentwürfe gehen an eine Kommission.

Nach Erledigung der Abänderung des Gerichtskosten-Gesetzes, der Gerichtsordnung für Rotare und der Gebühren der Rechtsanwälte und Gerichtsvollzieher in dritter Lesung folgt die zweite Beratung des Entwurfs eines

Schätzungsgesetzes.

Abg. v. Gehren (L.) erklärt das Einverständnis seiner Freunde mit den Kommissionsbeschlüssen.

Landwirtschaftsminister Fehr v. Schorlemer: Die Kommissionsbeschlüsse stellen einen Ausgleich dar zwischen den Anschauungen der Staatsregierung und denen der Mehrheit der Kommission. Durch neue Abänderungsanträge könnte das Gesetz leicht geändert werden.

Abg. Dr. Fager (Z.): Bei Einführung des Schätzungszwangs darf der Landtag nicht ausgeschaltet werden. Im Interesse der Haus- und Grundbesitzer sollte eine Erhöhung der mündelwürdigen Vermögensgrenzen bei städtischen Grundstücken auf drei Fünftel des Wertes erfolgen.

Justizminister Weseler: Das wäre für die Regierung nicht annehmbar. Wir können nicht die Lage des städtischen Grundbesitzes auf Kosten der Mündel verbessern.

Abg. Graf Wolke (H.) stimmt den Kommissionsbeschlüssen trotz einiger Bedenken zu, und betont die Bedeutung des genossen-

schaftlichen Zusammenschlusses für den Haus- und Grundbesitz.

Abg. Hirsh (Soz.):

Wir stimmen der Tendenz des Gesetzesentwurfes, die Verhältnisse auf dem Hypothekensicherheitsmarkt einer Genügend entgegenzuführen, zu. Man könnte einen Widerspruch darin sehen, daß wir, die wir in unserem Programm für die Vergegenständlichung von Grund und Boden eintreten, hier Maßnahmen zur Entschuldung des privaten Grundbesitzes zustimmen, aber es handelt sich hier um die Lösung einer praktischen Gegenwartsaufgabe durch den Staat und es kommt auch in Betracht, daß, wenn die Verhältnisse auf dem Grundbesitzmarkt so bleiben wie jetzt, unter getamtem Wirtschaftsleben erschüttert und alle Kreise der Bevölkerung, vor allem die Wohnungsmieter, dadurch geschädigt werden würden. Wir haben uns bemüht, den Entwurf in der Kommission soviel wie möglich zu verbessern. Was jetzt vorliegt, ist

ein Kompromiß,

bei dem natürlich jeder hat nachgeben müssen. Wir sind bereit, diesem Kompromiß zuzustimmen. Wertwürdigerweise hat sich gerade aus den Kreisen der organisierten Hausbesitzer Widerstand gegen das Gesetz erhoben. Es ist mir nicht zweifelhaft, daß vielleicht der eine oder andere Hausbesitzer unter den neuen Lasten zusammenbrechen kann. Das kann sich aber nur beziehen auf Hausbesitzer, die nur dem Namen nach Grundbesitzer sind, in Wirklichkeit aber nur Verwalter des Geldes anderer. Diesen ist allerdings nicht zu helfen. Die Hausbesitzer aber, die wirklich einen erheblichen Teil eines Hauses ihr eigen nennen, brauchen vor dem Gesetz keine Furcht zu haben. Der Schätzungszwang ist für sie der Hauptvorteil des Entwurfs. Ohne ihn wäre er für sie unannehmbar. Bedauerlich ist, daß die Regierung der Ausdehnung der Mündelwürdigen Vermögensgrenze solchen Widerstand entgegensetzt. Wir können den Kommissionsbeschlüssen mit so eher zustimmen, als es gelungen ist, die Ausnahmsbestimmung des Regierungsentwurfes für Groß-Berlin so zu gestalten, daß auch die Vertreter Berlins kaum noch Bedenken dagegen zu haben brauchen.

Die Kommission schlägt nun einige Resolutionen vor, denen wir zustimmen. Nicht zustimmen können wir dem Verlangen der Kommission auf Inkraftsetzung des zweiten Teiles der Sicherung von Bauforderungen, weil dann zweifellos das Bauen wesentlich verteuert würde und die Zustände, deren Beseitigung die Vorlage anstrebt, sich noch verschlimmern würden. Für sehr wichtig halten wir dagegen eine Resolution der Kommission, die die Regierung ersucht, noch in der gegenwärtigen Tagung eine Gesetzesvorlage einzubringen, durch welche Mittel bereitgestellt werden, um Gemeinden Hilfestellungen zu ermöglichen, für durch den Krieg in Not geratene Hausbesitzer und für Kriegsteilnehmer oder deren Hinterbliebene und sonstige durch den Krieg in Not geratene Personen zwecks

Abförmung während des Krieges entstandener Mietschulden.

Bisher haben nur die Gemeinden durch ihre Mietszuschüsse auf diesem Gebiete etwas geleistet, durch die so mancher Hausbesitzer in der Großstadt vor dem Bankrott bewahrt worden ist. Es ist aber eine dringende Pflicht des Staates, dafür zu sorgen, daß den Kriegsteilnehmern, die aus dem Kriege nach Hause kommen und vor dem Anin stehen würden, wenn sie gezwungen wären, die in der Zwischenzeit gemachten Mietschulden auf einmal zu bezahlen, geholfen wird. Wir hoffen, daß der Landtag nicht eher nachhause geschickt wird, als bis die Regierung dieser Forderung der Kommission entsprochen hat und damit eine Pflicht erfüllt hat, die auch unbedingt im Staatsinteresse liegt. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Die Weiterberatung wird auf Dienstag 11 Uhr vertagt. Schluß 5 Uhr.

Die Diätengesetzkommission des Abgeordnetenhauses hat heute beschlossen, eine dritte Lesung der Vorlage vorzunehmen, nachdem die eingeleitete Unterkommission einige materielle Änderungen an den Beschlüssen zweiter Lesung vorgeschlagen hatte. Vor Beginn der dritten Lesung werden auch noch vertrauliche Verhandlungen mit der Regierung stattfinden, die einige Beschlüsse des Ausschusses beanstandet hat. Wahrscheinlich wird ein Kompromiß zustande kommen.

Aus Groß-Berlin.

Die Armen in der Teuerungszeit.

Die Lebensmittelteuerung ist besonders drückend für diejenigen, die in dieser Zeit sich nicht einer Minderung ihres Einkommens zu erfreuen haben. Wie sieht's hiermit um die auf fremde Hilfe angewiesenen Arbeitlosen, um die Armen, die aus Gemeindefürsorge unterstügt werden? Hat man in demselben Maße, wie die Lebensmittelpreise stiegen, ihnen auch die Unterstügungen erhöht? Was sie erhielten, langte ja schon immer gerade nur für das Allernötigste. Zum Sterben war's zu viel, aber zum Leben zu wenig. Wer nicht noch von anderer Seite unterstügt wurde oder sich eine Kleinigkeit dazu verdienen, konnte bei den üblichen Unterstügungen nicht bestehen. Sehen wir einmal zu, um wie viel in Berlin während des Krieges und der Teuerungszeit die Unterstügungen der Stadtarmen erhöht worden sind.

Für die laufend mit Armen unterstügten Personen stellte sich der durchschnittliche Monatsbetrag des Almosen im Jahre 1914 z. B. im Juli auf 18,28 M., im August auf 18,28 M., im September auf 18,28 M., im Jahre 1916 im Juli auf 19,21 M., im August auf 19,21 M., im September auf 19,21 M. Nun gibt zwar ein Durchschnitt keinen Aufschluß darüber, wie die Lage des einzelnen ist. Wer etwa mit monatlich 6 M. oder 9 M. abgepeist wird, hat nichts davon, daß andere vielleicht 25 M. oder 30 M. erhalten und dann der allgemeine Durchschnitt sich auf 18 M., auf 19 M. oder einen ähnlichen Betrag stellt. Aber so ganz wertlos sind doch auch solche Durchschnittsangaben nicht, wenn man einen Maßstab zur Beurteilung der Gesamtlage sucht. Gegenüber den oben mitgeteilten Durchschnittszahlen drängt sich die Frage auf, wie die Armen bei der winzigen Erhöhung des Unterstügungsbetrags durchschnitte

um monatlich noch nicht eine Mark

sich in dieser Teuerungszeit bedecken. Kann die daneben bestehende Genüßung von billig oder unentgeltlich abzugebenen Lebensmitteln oder fertigen Speisen den Armen ein ausreichendes Ertrag dafür sein, daß ein Monatsalmosen von durchschnittlich 19 M. jetzt leider sehr viel weniger als früher bedeutet? Daß unter den ständigen Almosenempfängern viele sind, die von der jetzt günstigeren Gestaltung des Arbeitsmarktes einen Vorteil haben, glauben wir nicht. Die Almosenempfänger Berlins stehen ja größtenteils bereits im Greisenalter oder sind infolge von Krankheit und Siedium so wenig arbeitsfähig, daß selbst bei Mangel an Arbeitskräften sie schwerlich eine Beschäftigung mit nennenswertem Verdienste finden. Auch die Erweiterung des Altersrentenantrags, die mit der Herabsetzung der Altersgrenze jetzt eingetreten ist, wird für die Gesamtheit der Almosenempfänger nicht ausmachen.

Nicht besser sieht es bei den Pflegekindern der Armenpflege aus. Das sind Halbwaifen, für die den Müttern aus Mitteln der Armenpflege ein monatliches Pflegegeld gezahlt wird. Auch für sie, die im Haushalt der Mutter besorgen werden und von ihr satt gemacht werden müssen, hat der Unterstügungssatz sich im Laufe des Krieges nur wenig erhöht. Der durchschnittliche Monatsbetrag, den wir auch hier als zur Beleuchtung der Gesamtlage und ihrer Änderungen durchaus geeignet ansehen dürfen, stellte sich für Juli,

**August, September im 1914 auf 9,25 M., 9,37 M., 9,50 M., im 1915 auf 9,91 M., 9,94 M., 9,99 M.** Für 1916 ergibt sich gegenüber 1914 ein Mehr von noch nicht 70 Pfennig im Monat,

ein Betrag, der mehr als drittig erscheint. Es soll nicht unberücksichtigt bleiben, daß in der Kriegszeit die Zulassung zu den Schulspeisungen auf einen größeren Kreis von Kindern ausgedehnt und auch für die Beschaffung von Kleidung der Kinder aus bedürftigen Familien mehr getan worden ist. Aber die Ausgaben für die übrige Verpflegung der Pflegekinder fallen den Müttern zur Last und sind bei der allgemeinen Lebensmittelteuerung jetzt so beträchtlich, daß jede Mutter eine Erhöhung des Pflegegeldes bitter nötig gebraucht.

Von der Möglichkeit, den Armen- oder Pflegegeldempfängern noch außerordentliche Beihilfen als Zusatzunterstützungen zu bewilligen, wird nur sehr wenig Gebrauch gemacht. Im September dieses Jahres erhielten bei den Armenempfängern noch keine 4 Proz., bei den Pflegekindern nur etwas über 5 Proz. eine Zusatzunterstützung. Solche außerordentlichen Beihilfen werden für den einzelnen, dem man sie mal bewilligt, ganz gewiß ins Gewicht fallen. Aber gegenüber der Seltsamkeit der Armen- und Pflegegeldempfänger ist ihre Zahl so gering, daß durch sie an dem Gesamtbild nichts geändert wird.

Man muß sich wundern, daß Berlin in der Armenpflege immer noch mit so niedrigen Unterstüßungssätzen durchgehalten hat. Eine durchschnittliche Teuerungszulage von monatlich knapp 1 M. für die Armenempfänger und von monatlich knapp 70 Pf. für die Pflegekinder — das ist das ganze Mehr aus zwei Jahren der Teuerung! Die gebieterische Notwendigkeit, den Armen die Unterstüßungen viel wirksamer zu erhöhen, liegt für jeden sozial Empfindenden offen zutage.

### Kommt die Zwangsmassenpeisung?

Ein Volkswirt schreibt uns: Die Mäher der Hausfrau, Lebensmittel zu beschaffen, werden täglich größer. Der Staat, der verlangt, daß der einzelne ihm Zeit und Erfindung opfert, hat die Pflicht, dafür zu sorgen, daß jedem das Minimum an Nahrungsmitteln gewährt wird, dessen er zur Aufrechterhaltung seiner Körperkräfte nötig hat. Von vielen Seiten wird seit längerer Zeit gefordert, die Massenpeisung obligatorisch zu machen, weil dieses das einzige Mittel ist, eine genügende und regelmäßige Ernährung der Bevölkerung zu gewährleisten. Eine große Zahl von deutschen Städten hat schon die freiwillige Massenpeisung eingeführt. In Berlin nehmen täglich ungefähr 80 000 Personen an der Massenpeisung teil, in Barmen 10 000, in Dortmund 35 000, in Frankfurt a. M. 11 000, in Straßburg 3000. In Hamburg sind 92 Küchen vorhanden, in denen ungefähr 130 000 Personen gespeist werden. In Leipzig ist die Beteiligung sehr zurückgegangen. Während am 28. Oktober noch über 7000 Personen an der Speisung teilnahmen, sind es am 18. November nur 3000. Wenn man bedenkt, daß die Stadt Berlin Einrichtungen besitzt, um 250 000 Personen zu speisen, während nur der dritte Teil dieser Zahl davon Gebrauch macht, so sieht man, daß der Wert der gemeinnützigen Einrichtung bei weitem noch nicht gewürdigt wird. Die Gründe sind naheliegend. Viele Frauen scheuen sich, an der Massenpeisung teilzunehmen, weil sie sich durch die Teilnahme degradiert fühlen würden. Auf der anderen Seite ist vielfach die Kost noch nicht derartig, daß sie jedem Geschmack zutrifft. In dem Augenblick, wo jeder an der Massenpeisung teilnehmen muß, kann sich niemand durch die Teilnahme entwürdigt fühlen. Andererseits wird es dann aber auch möglich sein, das Essen schmackhafter als bisher herzustellen. (Noch mehr: wenn die Besessenen an der Speisung teilnehmen müssen, wird das Essen überall gut werden!) Wenn wir annehmen, daß eine Familie von Frau und vier Kindern in der Stadt Berlin an der Massenpeisung teilnimmt, so hätte sie unter der Voraussetzung, daß die Frau ihre ganze Portion und die Kinder je eine halbe Portion beziehen (die Portionen sind reichlich) im ganzen 1,20 M. (40 und viermal 20 Pf.) zu bezahlen. Es bedarf keines Beweises, daß für diesen Preis heute die Hausfrau eine warme Mahlzeit nicht mehr herstellen kann.

Wie der Mitarbeiter erfährt, schweben Erwägungen über die Einführung der Zwangsmassenpeisung. Diese würde dann in der Form erfolgen, daß der Familie Morgen-, Mittag- und Abendmahlzeit und das nötige Quantum Brot geliefert wird. Einzelheiten stehen noch nicht fest, doch kann jetzt schon gesagt werden, daß die Zwangsmassenpeisung auch wirklich allgemein sein und sich auf alle Bevölkerungsschichten ohne Ausnahme erstrecken soll.

### Daher der Name „Reichs“-Fleischkarte!

In Sachsen hat das Ministerium des Innern verfügt, daß die verfallenen Fleischmarken außer für Fleischfleisch noch eine Woche später umgekehrt werden können und demnach in Gastwirtschaften und Gasthäusern angenommen werden dürfen. Auch können Wild, Konserven usw. noch dafür verkauft werden. Das gilt aber nicht für Preußen. Die Bayerische Landesfleischstelle hat sogar, wie der „Vorwärts“ feststellte, entschieden, daß nach ihrer Auffassung die Fleischmarken ihre volle Gültigkeit während der ganzen Zeit behalten, in der die Stammkarte gültig ist. Die Marken der ersten Woche können in Bayern, aber nur dort, auch noch in der letzten, vierten, Woche verwendet werden. Dagegen können die Marken der letzten Woche nicht mehr in der ersten Woche der neuen Karte verwendet werden, was wiederum in Sachsen möglich ist.

### Wenn wir den Mittellandkanal hätten!

Die Gegner des Mittellandkanals sind heute durch die Tassachen gründlich widerlegt worden. Wie hätte der fertige Mittellandkanal in diesem Kriege der Volkswirtschaft und der Seeresverwaltung nutzen können! Welche Vorteile hätte man aus ihm ziehen können, wenn große Fahrzeuge die Weichsel mit der Oder, Elbe, dem Rhein und der Donau verbunden hätten! Wie wäre der Transport von Verwundeten und Erkrankten erleichtert worden! Noch mehr aber der Transport von Vieh, Getreide, Heu, Kartoffeln, Kohlen und Holz! Heute sind alle ausgeführten Kanäle Stückwerk: Erst durch die Vollendung des Mittellandkanals von Hannover bis Magdeburg wäre es möglich gewesen, die deutschen Wasserstraßen im Anschluß an die russischen und belgischen bzw. österreichischen und rumänischen voll auszunutzen. Statt dessen müssen jetzt zahlreiche Fahrzeuge stillliegen und Millionen Personen zahlen hohe Preise für Waren, die andernfalls billiger und schneller zu liefern gewesen wären. Denn die hohen Preise und der zeitweise Mangel an einzelnen Lebensmitteln usw. werden ja bekanntlich zum guten Teil verursacht durch die hohen Kosten, die schweren Verluste und die Unregelmäßigkeiten des gegenwärtigen Transportbetriebes.

### Gemüsezüchter halten das Gemüse zurück!

In letzter Zeit herrscht eine auffallende Knappheit an Gemüse, besonders an Kohl, auf dem Groß-Berliner Markt.

Das ist in bezug auf Kohl um so auffälliger, als Deutschland hierin nicht auf die Einfuhr von Ausländern angewiesen ist, sondern in Friedenszeiten noch einen Ueberfluß an dasselbe abzuliefern imstande war. Auffällig auch weiter aus dem Grunde, weil im Jahrgang für Obst, Gemüse und Kartoffeln vor einiger Zeit der Sachverständige aus den Kreisen der Gemüsezüchter der Umgegend Berlins die Erklärung abgegeben hatte, daß die Gemüsezüchter in der Gegend wären, den Groß-Berliner Markt mit Gemüse zu versehen. In der letzten Sitzung des Sachverständigen wurde nun an ihn die Frage gestellt, wie es käme, daß diese Voraussage sich in keiner Weise erfüllt habe, ja man im Gegenteil geradezu von einer Entloftung des Marktes von Gemüse sprechen könne. Die Antwort lautete: Die Gemüsezüchter wüßten nicht, welche Preise eigentlich maßgebend seien, die Angeberien in der Zentralmarkthalle wären ebenso wie die ungenügenden Preise für Gemüse daran schuld, daß wenig mehr auf den Markt käme.

Das war mit anderen Worten das Eingeständnis der Zurückhaltung des Gemüses durch die Erzeuger vom Markt. Die Mitteilung wurde mit Entrüstung aufgenommen, und es wurde beschlossen, die Landräte von Teltow-Beeskow und Niederbarnim zu ersuchen, die Zurückhaltenden zu zwingen, ihr Gemüse an den Markt zu bringen und sie gegebenenfalls der verdienten Bestrafung entgegenzuführen.

Es wird aber daneben sehr zweckmäßig sein, wenn die konsumierende Bevölkerung auf die gewinnflüchtigen und zurückhaltenden Gemüsezüchter ein wachsames Auge hält und sie zur Anzeige bringt. Denn ohne dies Mittel der Selbsthilfe ist auf eine wirksame Bekämpfung des gemeinschädlichen Treibens nicht zu rechnen. Wegen den Lebensmittelwucher ist die Demunziation keine Schande, sondern geradezu Pflicht.

### Wo bleibt der Sauerkohl?

Auf unsere Anfrage: „Wo bleibt der Sauerkohl?“ sendet uns die Kriegsgesellschaft für Sauerkraut eine umfangreiche Mitteilung, der wir folgende Kernpunkte entnehmen:

Um eine weitestgehende Verteuerung des Sauerkrauts zu vermeiden und für ausreichendes Angebot zu sorgen, ist am 15. August dieses Jahres unsere Kriegsgesellschaft gegründet worden. Den sogenannten Frischweiskohl, welcher im August und September geerntet wird, haben wir vorzugsweise für den Frischgemüsemarkt gelassen und zwar dadurch, daß wir den Sauerkrautfabriken eine Preisgrenze vorschrieben, die sie daran verbindete, Spekulationskäufe zu machen. Dadurch war die Sauerkrautindustrie nicht in der Lage, in den Monaten August und September ausreichende Mengen einzuschneiden zu können. Als dann Anfang September die Herbstkohlernte begann, war in den Hauptproduktionsgebieten in Ostpreußen der Kohl noch nicht schmittreif. Die Ernte verzögerte sich um reichlich 4 Wochen. Hierdurch trat ein fühlbarer Mangel an Weiskohl in die Erscheinung. Dieser Mangel veranlaßte vorerwähnte Stadtväter und Einläufer für den Heeresbedarf, jedes erreichbare Quantum Weiskohl zu sichern. Es wurden Preise von 6 bis 8 M. für den Kohl bezahlt. Den Sauerkrautfabriken war aber durch eine Verordnung von uns verboten, mehr als 3 M. für den Zentner Weiskohl zu bezahlen. Infolgedessen war es ihnen wieder nicht möglich, Kohl zu bekommen. Nach verschiedenen anderen Versuchen, die zu keinem Resultat führten, entschloß sich aber auf unseren Antrag die Regierung Mitte Oktober, die Hauptkohlgelbiete für den Handel zu sperren, und ließ den Kohl aus diesen Gebieten an die Reichsstelle für Gemüse und Obst abliefern. Bei dieser Gelegenheit wurden die Preise in den einzelnen Kreisen von ortseingetragenen Sachverständigen festgesetzt. Statt des (ausreichenden) Preises von 2,00—2,50 M. pro Zentner wurden Preise von 3,00—3,50 M. festgelegt. Hierdurch trat eine fühlbare Verteuerung des Weiskohls ein. Die Folge davon ist, daß der Sauerkraut-Verkaufspreis, der von uns für die Fabriken auf 11 M. festgelegt ist, diesen keinen Nutzen läßt, so daß sie nicht wissen, ob sie ohne Schaden arbeiten können. Wir stehen deshalb zurzeit mit der Regierung wegen einer Erhöhung des Sauerkrautpreises in Unterhandlungen.

Wir haben jetzt den Absatz von Sauerkraut für die Fabriken für kurze Zeit geipert und zwar besonders, um den bei den Fabriken noch befindlichen Kohl festzustellen, um diesen dem Heer und den Kommunen zur Verfügung zu stellen.

Soweit die Zukunft. Wir brauchen diesen überaus lehrreichen Ausführungen wohl kein Wort hinzuzufügen, und wir begnügen uns daher mit der schlichten Feststellung, daß die Maßnahmen der Kriegsgesellschaft für Sauerkraut, ihrem eigenen Gesändnis nach, entweder zu keinem Resultat führten oder das Gegenteil dessen erzielten, was sie erzielen wollten und sollten. Die Kriegsgesellschaft für Sauerkraut ist, wie sie uns mitteilt, zu dem Zweck gegründet worden, „eine weitestgehende Verteuerung des Sauerkrauts zu vermeiden und für ausreichendes Angebot zu sorgen“. Nach viermonatiger Tätigkeit der Gesellschaft ist der Sauerkohl vom Markt verschwunden, und, um ihn wieder herbeizuladen, muß sein Preis — um wieviel? — hinaufgeschraubt werden.

### Wo ist die Soda geblieben?

Seitdem Soda unter Höchstpreise gesetzt ist, gibt es davon nichts mehr. Auch diese Ware teilt mit so vielen anderen das Schicksal, daß der Höchstpreis ihr das Lebenslicht ausbläst. Sie teilt aber mit ihnen noch ein anderes Schicksal, daß es in veränderter Gestalt als nicht mehr unter den Höchstpreis fallend auf dem Markt erscheint. Soda zu 12 1/2 Pf. das Pfund gibt es nicht mehr, dafür aber „Waschpulver“, das Pfund zu 45 Pf. Man sieht daraus, daß diese plötzliche Metamorphose der Soda die Ware um das Vierfache verteuert hat. Was sagt dazu Herr v. Datocki?

### Die Einschränkungen im Vorortverkehr,

die nun acht Tage bestehen, treffen unzählige Fahrgäste so schwer, daß hier und da Aenderungen getroffen werden müssen. Am meisten leiden, wenigstens auf gewisse Strecken, die Arbeiter und Arbeiterinnen. Sie verdienen wohl in erster Linie besondere Berücksichtigung, um so mehr, als auch schon die mangelhafte Ernährung gerade sie am schwersten trifft. Auf der Schiefischen Vorortstrecke ist nach dem Ausfall einiger Fröhzüge in der Zeit, die namentlich für die Arbeiter und Arbeiterinnen in Betracht kommt, der Andrang jetzt so stark, daß es auf den Bahnhöfen schon zu förmlichen Kämpfen um einen Platz im Wagen kommt, nicht etwa um einen Sitzplatz. Schon von Rahnsdorf an müssen die Leute oft Kopf an Kopf gedrängt in den Wägen stehen, bis Berlin und Charlottenburg hinein. Wenigen je weniger überfüllte Züge, aber immer auch noch überfüllte, so müssen sie entweder so früh fahren, daß sie eine halbe Stunde vor der verschlossenen Fabrik stehen, oder so spät, daß sie zur Arbeit zu spät kommen. Noch schlimmer ergeht es vielen des Wends. So haben viele Arbeiter und Arbeiterinnen aus Rahnsdorf, Woltersdorf und Erkner, die in Oberfahrenweide beschäftigt sind, so ungünstige Verbindungen, daß sie, wenn sie um 10 Uhr abends Schicht machen, bis 1 Uhr nachts brauchen, um ihr Heim zu erreichen, während sie früher um 11 Uhr zu Hause waren. Das kommt von der großen Verkehrspause von 9 bis 11 Uhr. Hier muß Abhilfe geschaffen werden.

### Der Lindentunnel

soll erst am Donnerstag dem Straßenbahnverkehr übergeben werden. Wie übrigens jetzt erst durch den Stadtbaurat Strauß an den Alten bekanntgegeben worden ist, hat das historisch gemundene Wort des Kaisers: „Nun durch, nicht drüber weg!“ genau gelautet;

„Nein, wird unterirdisch gemacht!“, was sachlich natürlich das gleiche ist. Das war im Jahre 1901. Gelegentlich der jetzigen Eröffnung haben Magistrat und Stadtverordnete von Berlin ein Guldigungstelegramm an den Kaiser geschickt. Dafür hat der Kaiser herzlich bedankt und im Anschluß daran gewünscht, daß der in schwerer Kriegszeit geschaffene neue Verkehrsweg Meiner treuen Hauptstadt und Residenzstadt Berlin und ihre Bürgerschaft einer glücklichen und friedlichen Zukunft entgegenführe.“

### Zweistöckige Straßenbahnwagen im Lindentunnel.

Der Lindentunnel bietet die Möglichkeit, einige der die Lindenkreuzenden Straßenbahnlinien mit zweistöckigen Wagen zu befahren. Bisher haben wir Straßenbahnwagen mit geschlossenem Oberstock nur auf der Linie von Ziegel bis zu den „Linden“ in Betrieb gesehen; auf Linien über die „Linden“ hinweg wären sie nicht zugelassen worden. Von den beiden Tunnelzweigen hat nun der nach der Hedwigskirche führende östliche eine solche Liefenlage, daß nötigenfalls auch zweistöckige Wagen hindurchfahren können. Dagegen war das nicht zu ermöglichen bei dem westlichen Tunnelzweig, der unter dem Kaiser-Franz-Josef-Platz hinweg nach der Behrenstraße führt. Seine hier ausmündende Rampe konnte nicht lang genug bemessen werden, weil sie erst hinter dem Augusta-Denkmal beginnen durfte und das Denkmal seinen Standort behalten sollte. Bei einer auch hier für zweistöckige Wagen genügenden Liefenlage der Tunnelöhle hätte man dieser zu kurzen Rampe eine Steigung geben müssen, die stärker als zulässig gewesen wäre. Um nicht mit der Tunnelöhle zu tief hinabgehen zu müssen, wurde das Denkmal um etwa 60 Zentimeter gehoben; aber auch das vermochte den Mangel der Rampenlänge nicht auszugleichen. Die Längenausdehnung ist für die den beiden Tunnelzweigen gemeinsame Rampe von der Dorotheenstraße her 126 Meter, für den östlichen Tunnelzweig 123 Meter, für seine Rampe nach der Hedwigskirche hin 105 Meter, für den westlichen in Bindungen angelegten Tunnelzweig 187 Meter, für seine Rampe nach der Behrenstraße hin nur 76 Meter. Tunnel- und Rampenlänge zusammen betragen für die Strecke von der Dorotheenstraße bis zur Hedwigskirche 354 Meter, für die Strecke von der Dorotheenstraße bis zur Hedwigskirche 339 Meter. Während der östliche Tunnelzweig die für zweistöckige Wagen ausreichende Lichte Höhe von 4,65 Meter erhalten konnte, mußte sie bei dem westlichen auf 4,30 Meter beschränkt werden, was für zweistöckige Wagen mit geschlossenem Oberstock schon zu wenig ist.

### Berliner Lebensmittelnachrichten.

Der Arbeitsausschuß der Preisprüfstelle Groß-Berlin hat, um die Versorgung der Berliner Bevölkerung mit Gebäck während der Feiertage sicherzustellen, beschlossen, den Antrag der Bäckerinnung bei dem Polizeipräsidenten zur Unterstützung, daß die jetzt zugelassene Wadzeit von 7 Uhr morgens bis 7 Uhr abends am 22. und 23. Dezember bis 9 Uhr abends ausgedehnt und am 24. Dezember auf 7—12, am 25. Dezember auf 7—10 Uhr festgelegt wird. Am 26. Dezember darf nirgends gebacken werden. Um ferner eine geordnete Abfertigung der Verbraucher beim Einkauf von Backwaren an den Feiertagen zu ermöglichen, hat das Polizeipräsidenten am Sonntag, 24. Dezember einen Verlaß von 6—10 und 12—4 Uhr, am ersten Feiertag von 6—10 und am zweiten Feiertag von 6—10 und 12—3 Uhr in Aussicht genommen. Da die Verkaufszeit am ersten Feiertag (25. Dezember) nicht für ausreichend gehalten wird, soll eine Eingabe an das Polizeipräsidenten gerichtet werden, sie an diesem Tag auf 8—10 Uhr und 12—2 Uhr festzusetzen.

Diesigen Berliner Einwohner, die ihre Kartoffeln auf Winterverorgung entnehmen wollten und daher ihre halbe große Kartoffelkarte bei Empfang des gelben Bezugsscheines auf der Brotkommission abgegeben haben, werden aufgefordert, das Mittelstück ihrer Zwischenkartoffelkarte, die sie zur Deckung ihres laufenden Bedarfs erhalten haben, sorgfältig aufzubewahren. Auf Grund dieses Mittelstücks der Kartoffelzwischenkarte kann derjenige, der Kartoffeln auf Bezugsscheine nicht erhalten hat, in der Woche vom 18. bis 24. Dezember seinen laufenden Bedarf bei seinem Kartoffelkäufer bedenken. — Vom 25. Dezember ab werden neue Kartoffelkarten ausgegeben werden.

**Städtische Käseverteilung.** Aus dem Rathaus wird uns geschrieben: Aus den Kreisen der Händler wie des Rubikums werden vielfach Klagen laut, daß die Verteilung des Käses nur sehr ungleichmäßig erfolge. Dabei wird übersehen, daß eine geschickte Beschlagnahme des Inlandskäses bisher nicht erfolgt ist. Die Gemeinden sind also gar nicht in der Lage, Inlandskäse zu verteilen, abgesehen von der ganz geringen wegen Höchstpreisüberschreitungen oder verbodenswidrigen Verfassens an Verbraucher beschlagnahmten Mengen; soweit daher in einzelnen Geschäften Inlandskäse noch in größeren Mengen verkauft wird, handelt es sich um den im freien Handel bezogenen Käse. Nur Auslandskäse ist von der Zentral-Einkaufsgesellschaft der Feistelle Groß-Berlin zugekauft worden, allerdings auch nur — wie bereits früher mitgeteilt ist — ein äußerst geringes Quantum. Eine Bevorzugung einzelner größerer Geschäfte, insbesondere Butter- und Spezialgeschäfte mit zahlreichen Filialen bei der Belieferung findet nicht statt. Vielmehr werden alle Geschäfte mit Butterkunden der Reihe nach gleichmäßig berücksichtigt. Soweit der Auslandskäse nicht zureicht, wird der beschlagnahmte Inlandskäse als Ersatz geliefert werden. Eingaben wegen Berücksichtigung bei der Verteilung haben daher keinen Zweck. Der Verkauf von Käse, soweit er von der Feistelle Groß-Berlin (Käse) geliefert ist, erfolgt an die eingetragenen Butterkunden in Berlin gegen Abschnitt 3 der Lebensmittelkarte, ähnlich in den fünf anderen Stadtgemeinden auf von ihnen bestimmte Abschnitte ihrer Lebensmittelkarten. Dagegen ist die Abgabe des im freien Handel von den Geschäften bezogenen Käses mankenfrei.

**Ein weißes Kochbuch.** Die Knappheit der Kartoffeln und die Notwendigkeit, sie zum Teil durch Kohlräben zu ersetzen oder vielmehr zu strecken, hat den Kriegsausschuß für Volksernährung veranlaßt, eine Sammlung von wertvollen Kochvorschriften herauszugeben, die Fräulein Elise Hannemann aus dem Letteverein Berlin bearbeitet hat. Die Vorschriften sind sehr leicht verständlich und werden mancher Hausfrau bei der Kartoffelknappheit wertvolle Winke geben. Einzelne Exemplare kosten 13 Pf. einschließlich Porto, bei größeren Mengen stellt sich der Preis für das Stück auf 8 Pf. einschließlich Porto. Zu beziehen sind die Kochvorschriften beim Schriftführer des Kriegsausschusses für Volksernährung, Sanitätsrat Dr. Albert Röll, Berlin W 15, Kurfürstendamm 45.

**Stadtverordnetenversammlung.** Auf der Tagesordnung der nächsten Sitzung der Berliner Stadtverordneten stehen sechs Vorlagen: Dem Verband für erste Hilfe sollen weitere 6000 M. bewilligt, vier Stadtverordnete und fünf Bürgerdeputierte zu Mitgliedern der Deputation für die Kriegshilfskasse gewählt, über die Feter des Geburtstags des Kaisers Beschluß gefaßt, die Bestimmungen über die Kriegszulagen erweitert, eine besondere Kriegszulage an die ständigen Hilfsarbeiterinnen im städtischen Dienst beraten, ein Erhöhung der Erziehungsbeihilfen für Waisen städtischer Lehrer bewilligt und eine Fritz und Kurt Drenstein-Stiftung in Höhe von 200 000 M. angenommen werden.

**Der Straßenbahnstrang,** den die Stadt Berlin mit der Eröffnung des Lindentunnels einrichtet, entsteht aus der bisherigen Linie Stettiner Bahnhof—Biechhof—Hermannplatz—Behrenstraße. Die Linie wird von der Behrenstraße durch den Lindentunnel bis zum Stettiner Bahnhof weitergeführt, womit sie sich zum vollen Ring schließt. Dadurch erhält der an Berlin angrenzende Teil von Neudamm sowie der Süden Berlins eine gute Verbindung mit der Gegend des Stettiner Bahnhofs. Die Fahrt dauert vom Hermannplatz bis zum Lindentunnel 23 Minuten, von da bis zum Stettiner Bahnhof 13 Minuten, vom Hermannplatz bis zum Stettiner Bahnhof 36 Minuten, auf der ganzen Oststringlinie 60 Minuten. Die Wagen folgen einander in Abständen von 10 Minuten.

**„Vorwärts“, Les- und Diskussionsklub für Groß-Berlin.**  
Am heutigen Dienstagabend, 6 1/2 Uhr, im Bureau von Zeltow-Beeskow außerordentliche Vorstandssitzung. Wichtige Tagesordnung. Vollzähliges Erscheinen notwendig.

Die Beisetzung der Opfer des Eisenbahnunglücks bei Friedrichshagen findet am heutigen Dienstag nachmittags um 1/3 Uhr in Friedrichshagen statt. Die Leiche der Frau Raden ist nach Werneuchen, der Heimat der Verunglückten, übergeführt worden. Die Leichen der übrigen drei Opfer des Unglücks, des Oberpostkassenters Klüwener, des Postkassenters Rabe und des Ausbessers Birholz, sind in der Friedrichshagener Kirche aufgebahrt, von wo aus heute nachmittags die Beisetzung auf dem Gemeindefriedhof erfolgt. — Hier werden also entgegen der amtlichen Meldung, die nur drei Namen nannte, wiederum vier Opfer benannt, und zwar als vierter der Postkassenters Rabe.

Ein Heiratskandidat verhaftet. Der 27jährige frühere Kaufmann Johannes Dargel lebte seit vielen Monaten ausschließlich von Schwindelgeiten. Er meldete sich auf Heiratsgelegenheiten in den hiesigen Zeitungen, trat mit den ihm geeignet erscheinenden Heiratskandidatinnen in Verbindung und legte es darauf an, von den Mädchen möglichst bares Geld herauszulocken, was ihm auch in vielen Fällen gelungen ist. Zuletzt war er zu einem Mädchen in Reutlingen in Beziehungen getreten. Er stellte sich als Fabrikvertreter vor, trat sehr nobel auf und wusste das Mädchen so für sich zu gewinnen, daß schon nach kurzer Bekanntschaft die Verlobung stattfand. Nachdem D. seine Braut in Sicherheit gewiegt hatte, entlockte er ihr nach und nach 500 M. Dieses Geld verjubelte er innerhalb weniger Tage. Da Dargel zweifellos in Groß-Berlin sich eine ganze Anzahl ähnlicher Verlockereien hat zuzukommen lassen, werden weitere Geschädigte ersucht, sich bei der Reutlinger Kriminalpolizei zu melden.

Unter freiem Himmel gestorben ist Sonntag ein unbekannter Mann gegenüber der Gustav-Adolf-Straße in Weissensee. Man sah ihn umherstapeln und fand ihn später auf dem Laubengelände gegenüber dem Hause Nr. 128 tot daliegen. Der Unbekannte, der Arbeiterkleidung trug, ist mittelgroß und blond und hat zerkrüppelte Beine am rechten Fuß. Die Leiche wurde nach dem Gemeindefriedhof in Weissensee gebracht.

Einem Morbanschlag auf seine Frau verübte nachts der 37 Jahre alte Schlossergeselle Franz Steuer, der als Wehrmann eingezogen ist und bei einem Miteigentümer in Westpreußen steht. Das Ehepaar hat drei Kinder, von denen das jüngste noch nicht ein Jahr alt ist. Es lebte in Unfrieden, weil Steuer seine Frau oft mißhandelte. Steuer ließ schon zwei- oder dreimal von seinem Truppenteil weg und kam nach Berlin. Er verlangte jedesmal Geld von seiner Frau, die fleißig arbeitete, bei der Teuerung aber nichts übrig hatte. Da sie ihm nichts geben konnte, mißhandelte er sie. In der Vergangenheit hatte Frau Steuer schon einmal angezogen, daß er hier sei und die Folge war seine Festnahme und der Rücktransport zu seinem Truppenteil. Jetzt kam er abermals. Aus Rache fiel er in der vergangenen Nacht um 3 Uhr über die schlafende Frau her und verübte ihr mit einem schweren Schenker mehrere wuchtige Schläge auf den Kopf. Die Unglückliche war nicht imstande, um Hilfe zu rufen. Steuer entfernte sich, bevor seine Untat entdeckt wurde und ist flüchtig. Erst heute morgen wurden Hausgenossen, die unter der Familie wohnen, durch schweres Stöhnen darauf aufmerksam, daß bei Steuer etwas vorgefallen sein mußte. Sie fanden die Frau schwer verletzt im Weite Hagen und hielten einen Arzt. Dieser ließ sie nach dem Virchow-Krankenhaus bringen. Die Frau ist so geschwächt, daß sie über Einzelheiten des Vorganges noch nicht vernommen werden konnte. Wohin sich Steuer gewandt hat, weiß man noch nicht. Der Verfolgte ist 1,68 bis 1,70 Meter groß und schlank, hat kurzgeschneitten schwarzes Haar und Schnurrbart und eine gebogene Nase. Er trägt einen graubraunen Jacketanzug und entweder einen graubraunen weichen Hut oder eine Mütze.

## Aus den Gemeinden.

**Charlottenburg.** Der Magistrat hat der Stadtverordnetenversammlung eine Vorlage unterbreitet, wonach den Betriebsarbeitern und Arbeiterinnen, den Feuerwehrmannschaften, dem Arbeiter- und Arbeiterinnenpersonal der übrigen Verwaltungen einschließlich der minderwertigen Arbeiter ein Kriegslohnzuschlag von 10 Pf. für jede Arbeitsstunde bewilligt werden soll, und zwar mit Wirkung vom 1. Dezember 1918 ab. Für die im inneren Verwaltungsdienst beschäftigten Personen einschließlich des Personals der Krankenhäuser, insbesondere auch für die im Bureau und Assistenten beschäftigtsten Arbeiter sowie für die städtischen Beamten und Privatdienstverpflichteten einschließlich der Krankenschwestern, ferner für das Lehrpersonal aller Schulen soll, sofern ihr jährliches Dienstverdienst den Betrag von 6400 M. nicht übersteigt und sie mindestens seit dem 1. Juli im städtischen Dienste tätig sind, eine einmalige Kriegsteuerzuschlag von 40 M. für Unverheiratete und 100 M. für Verheiratete gewährt werden, außerdem für jedes Kind bis zum vollendeten 16. Lebensjahre sowie für jedes Kind von 16 bis 18 Jahren, soweit es nicht ein eigenes auskömmliches Einkommen bezieht, 80 M. Hierbei sind Ledige, Verwitwete und Geschiedene, die einen eigenen Haushalt mit Angehörigen führen, deren Unterhalt ihnen ganz oder zum größeren Teil zur Last fällt, wie Verheiratete zu behandeln.

Die Städte Wilmerdorf, Schöneberg und Lichterberg beschließen eine gleiche Regelung. Reutlingen hat seinen Beamten an Stelle der einmaligen Kriegsteuerzuschlag einen Gehaltsvorschuß bewilligt, der nach dem Kriege in Raten zurückgezahlt ist.

**Allgemeine Speisung in Charlottenburg.** Mit dem Abschneiden der Kartoffelmarken bei den Teilnehmern der allgemeinen Speisung wird erst vom 25. d. Mts. ab begonnen werden.

**Wilmerdorf.** Die Kunsthalle Wilmerdorf hat in ihren Geschäftsräumen, Pariser Straße 45 (am Ludwigsplatz), eine Verkaufsstelle für Eintrittskarten zu sämtlichen Groß-Berliner Theatern eingerichtet. Der Verkauf ist Werktags von 10—5 Uhr, Sonntags von 12—2 Uhr.

**Reinickendorf.** Vom 12. bis einschließlich 16. Dezember werden von der Gemeinde gelieferte Gräbe und Graupen verkauft. Die Ausgabe erfolgt gegen Abrechnung der Abchnitte 2 und 3 der gelben Lebensmittelliste in den Verkaufsstellen, bei denen die Bezugsberechtigten in die Indexliste eingetragen sind. Es werden abgegeben auf Abschnitt 2 je 100 Gramm Graupen und auf Abschnitt 3 je 100 Gramm Gräbe. Der Verkaufspreis ist 90 Pf. pro Pfund.

**Weißensee.** In dieser Woche werden durch die Gemeinde an Lebensmitteln verkauft in der Verkaufsstelle Langhandstr. 108 Bäckerheringe. Auf jede Brotkarte der 95. Woche können zwei Heringe entnommen werden. Ein Hering kostet 60 Pf. In den Verkaufsstellen Berliner Allee 89 und Viktorstr. 24 wird Speiseöl abgegeben. Auf jede Brotkarte der 95. Woche können 40 Gramm zum Preise von 1,02 M. entnommen werden. In den gleichen Verkaufsstellen kommen am Sonnabend Eier zum Preise von 32 Pf. zum Verkauf. Auf Abschnitt 2 der aufgerufenen Eierkarte Nr. 18001 bis 24000 wird ein Ei verabfolgt.

**Wetterausichten für das mittlere Norddeutschland bis Mittwoch mittags.** Zeitweise aufklarend, jedoch vorherrschend trübe mit weitverbreiteten meist geringen Niederschlägen. Temperaturen im allgemeinen wenig verändert.

## Soziales.

### Sozialbeamtinnen.

Man muß die Anregungen nehmen, woher sie kommen. Die Anregungen, die in einem Aufsatz Professor Schmittmann in der offiziellen Zeitschrift des belgischen Roten Kreuzes auf Grund belgischer Erfahrungen gibt, erscheinen es uns wert, weiter verfolgt zu werden. Durch die deutsche Verwaltung in Belgien ist verurteilt worden, sozialen Frauendienst zu organisieren. Mehrere hundert deutscher Frauen sind hier als Sozialbeamtinnen, als beamtete Kräfte, in der Wohlfahrtspflege Belgiens eingesetzt, um die in Deutschland noch fehlende Verbindung zwischen Behörden und Volk zu bewerkstelligen. Gelegentlich eines Ausbildungskurses solcher Pflegerinnen hat Schmittmann die Prüfung des Gedankens angeregt, inwieweit die Ausbildung und Tätigkeit in Belgien nicht als Selbstzweck und vorübergehende Aufgabe, sondern als Vorstufe zu einer beruflichen Tätigkeit später in der Heimat betrachtet werden könnte. Die sein Gedanken gibt Schmittmann in dem eingangs erwähnten Aufsatz, aus dem wir einen Auszug folgen lassen, weiteren Ausdruck.

Unserer an sich so weit fortgeschrittenen Sozialpolitik fehlen Vermittlungsorgane zwischen Bürokratie und Volk, während sie in Belgien an den Anfang der deutschen Wohlfahrtspflege gestellt sind. Zwar gibt es bei uns in Deutschland in vereinzelten Landkreisen und Gemeinden Arznenpflegerinnen und Wohlfahrtspflegerinnen, aber von systematischem Einwirken der Frauen in das weite Gebiet der sozialen Arbeit im Volke ist vor dem Kriege keine Rede gewesen, trotzdem es Frauenland ist, um das es sich hier handelt, ein Gebiet, auf dem die Frau Dank der ihr angeborenen Mütterlichkeit mehr leisten kann als der Mann.

Die Versicherungsanstalten gewähren Jahr für Jahr viele Millionen Darlehen für Wohnungsbau; sie sind aber bisher noch nicht dazu übergegangen, auch nur eine Kraft anzustellen, um zu kontrollieren, ob die mit diesen Geldern erbauten Wohnungen auch vorzüglich bewohnt werden und wirksame Wohnungspflege geübt wird. Was nähren jene Summen, wenn alsbald durch Untervermietung und Schlafgängerwesen die damit verfolgten Ziele wieder vollständig illusorisch gemacht werden.

Wie hier, so fehlen uns auf den verschiedensten Gebieten die Organe, die ausübend wirken über Zweck und Ziele der staatlichen Sozialpolitik, über die aus der Sozialversicherung erwachsenden Rechte und Pflichten; Organe, die die drohenden Schäden frühzeitig aufdecken und vorbeugende Arbeit ermöglichen. Dieses Organ muß die beruflich angestellte Kraft, die soziale Beamtin werden. Sie muß vermitteln, vorbeugend, erzieherisch wirken. Sie hat nicht in erster Linie Pflegerin, sondern Schadenverhütungsbearbeiterin zu sein. Ihre Tätigkeitsgebiete werden nicht nur in der Tuberkulose- und Trinkerfürsorge, der Wochen- und Säuglingspflege liegen, sondern darüber hinaus in der Fürsorge für die Jugend in vorschulpflichtigem, schulpflichtigem und schulpflichtigen Alter — Schulschwächen und Jugendpflegerinnen —. Sie wird als Organ der Krankenpflege, Versicherungsanstalten und Berufsvereinigungen, in der weiblichen Fürsorgeerziehung, in Sanitäts- und Sittenpolizeiwesen, in der Gewerbeaufsicht, in der Berufsberatung, in der Arbeitsvermittlung und nicht zuletzt in der Wohnungsfrage zu wirken berufen sein. Sie wird auch als Kreis- und Gemeindepflegerin organisatorische Arbeit zu leisten haben, um ein zweck- und zielbewusstes Zusammenarbeiten aller in der Wohlfahrtspflege tätigen Kräfte zu erreichen. Somit eröffnen sich ebenso wie auf sozialhygienischem Gebiet auch im sozialen Recht und vor allem in der Sozialpädagogik weite und neue Aufgaben für die sozial geschulte Frau. Es kommt nicht nur darauf an, äußere Wunden zu verbinden, körperliche Schäden zu heilen, wichtiger als das ist die Erforschung des inneren Krankheitsstoffes im Volkstörper.

Für Gemeinden, die nicht imstande sind, das Jahresgehalt für eine solche Gemeindepflegerin bereitzustellen, müssen die Träger der Sozialversicherung Zuschüsse leisten, da es sich bei der Pflege der Volkskraft um deren urchigstes Arbeitsgebiet handelt und sie damit ihre eigenen Mäßen verbessern.

Die Schwierigkeiten liegen auf dem Gebiete der Beschaffung und Schulung der geeigneten Kräfte. Schmittmann will hohe Anforderungen an die Sozialbeamtin gestellt wissen. Die leitende Sozialbeamtin muß durch sozial, sozialpädagogisch und in etwas auch volkswirtschaftlich geschult sein. Für die Spezialfürsorgetätigkeit sind die an die Vor- und Ausbildung zu stellenden Anforderungen geringer. Sie sollen unter Aufsicht der Kreis- und Gemeindepflegerin oder der zuständigen Dezentralen Verwendung in der Säuglings-, Kinder-, Tuberkulose-, Trinkerfürsorge, in der Armen-, Waisen- und Schulpflege finden. In der Frage der Ausbildung weichen wir von Schmittmann ab. Er fordert Hochschul- oder doch Lyceumbildung. Die erscheint uns nicht unbedingt notwendig. Auch im Volk sind die Kräfte genug vorhanden, die nach geeigneten Kursen viele der Aufgaben erfüllen können, die sich hier der Frau als neues Gebiet eröffnen.

Keine Zeit hat in stärkerem Maße die Forderungen nach sozial geschulten Kräften erhoben, als die unsrige. Aber auch in keiner Zeit ist die Unzulänglichkeit ungeschulter Kräfte auf dem Gebiete der sozialen Arbeit deutlicher in der Erscheinung getreten als jetzt, wo bei der Fülle sozialer Gesetze für die laienhafte Kraft selbst die elementarste Orientierung unmöglich geworden ist. Erst wenn es der Frau, deren Aufgabe es ist, Leben zu geben, Leben zu erhalten und Menschen heranzubilden, gelingt, Recht und persönliches Mitgefühl zu vermählen, wird das leblose Gesetz zum sprudelnden Quell lebenspendenden Wassers.

Wir haben vor einigen Tagen auf Stimmen hingewiesen, die einer Einschränkung der Sozialpolitik und Sozialversicherung das Wort reden. Hier macht sich eine Stimme geltend, die einer Vertiefung und der Erschließung weiterer sozialer Aufgaben das Wort redet. Mäße sie nicht ungehört in unserer vom Waffenlärm erfüllten Zeit verhallen.

## Gerichtszeitung.

Ein gemeiner Diebstahl, dessen bedauerndes Opfer ein Feldgrauer geworden ist, beschäftigte die dritte Strafkammer des Landgerichts I. Die Angeklagten waren der bereits mehrfach vorbestrafte Arbeiter Theodor Weber und dessen Freund Georg Frauendorf. Während der letztere Schmiere gestanden hatte, war Weber eines Tages in die Wohnung eines dort kurzem aus dem Felde zurückgekehrten Kriegers eingedrungen, hatte dort die Schränke erbrochen und Anzüge sowie einen Leberzieher gestohlen. Mit den erbeuteten Sachen verschwand Weber ungesehen, während Frauendorf auf der Treppe dem zufällig heimkehrenden Krieger begegnete, aber freundlich grüßend zunächst noch unbedenklich vorbeiziehen konnte. Erst als der Verfolgte seine Korridorür öffnete, sah er, eilte er dem Angeklagten nach und ließ ihn festnehmen, wodurch später auch der andere dingfest gemacht werden konnte. Das war aber auch die einzige Bemütigung für den Verfolgten. Wie dieser vor Gericht unter Tränen erzählte, war sein Verlust außerst schmerzhaft für ihn, denn in dem gestohlenen Leberzieher befanden sich seine gesamten Ersparnisse in Höhe von 570 M., die er sich im Felde vom Munde abgedarbt und nach Hause geschickt habe, um bei seiner Miltiere einen Notgroßen vorzufinden. Das Gericht änderte diesen gemeinen Diebstahl bei Weber mit sechs Jahren Zuchthaus, bei Frauendorf mit 1 1/2 Jahren Gefängnis.

„Du bist verrückt mein Kind!“ Ihrer Abneigung gegen den zum Zwangsverwalter über die ilterliche Gastwirtschaft eingesetzten Gerichtsvollzieher Probst gab die 24jährige W. Sch. in Dahme am 28. Juni recht drastischen Ausdruck. Als der Beamte mit zwei Leuten das Grundstück betreten hätte, um Anordnungen zu treffen, ergriß sie ein gefülltes Schnapsglas und rief dem Eintretenden „Probst“ zu. Dann sah sie den Beamten an und sang dabei: „Du bist verrückt mein Kind!“ Schließlich erklärte sie im Verhör: Das

Amtsgericht in Dahme ist viel zu bumm, das versteht doch nichts! Der Aufsicht führende Amtsrichter stellte Strafantrag, dem sich der Gerichtsvollzieher angeschlossen und das dortige Schöffengericht verurteilte sie wegen zwei Beleidigungen zu 50 M. Geldstrafe. Die Potsdamer Strafkammer verwarf ihre dagegen eingelegte Berufung.

## Die Fahrt der „Deutschland“.

Ueber die zweite Amerikafahrt der „Deutschland“ und deren glückliche Rückkehr nach der Heimat erhält die „Telegraphen-Union“ von zuständiger Stelle folgende Mitteilungen:

Es war ein stürmischer Oktobermorgen, als die „Deutschland“ unter Kapitän Königs bewährter Führung und mit fast derselben Mannschaft wie im Juni die Weser verließ, um den Ozean wieder zu kreuzen und eine wertvolle Ladung von Farben, Chemikalien, Medikamenten und anderes mehr nach den Vereinigten Staaten zu bringen. Schweres Wetter herrschte fast auf der ganzen Reise, von der Weser bis zu den Neufundlandbänken, von dort an setzte besseres Wetter ein, Sturm und Wogen nahmen ab und ruhig und sicher steuerte die „Deutschland“ auf die Einfahrt vom Long Island-Sund zu, teils unter, teils über Wasser fahrend. Die Dunkelheit war bereits eingebrochen, als Montauk Point passiert war. Mit direktem Kurs ging es dann auf New London zu. Die Ankunft daselbst erfolgte 2 Uhr nachts, das Schiff fuhr sofort in den Hafen, es erhielt seinen Liegeplatz zwischen dem Lloyd-Dampfer „Willehad“ und den Logerhäusern am neuen Pier. Als New London am anderen Morgen erwachte, überraschte es die Nachricht, daß das deutsche Tauchboot bereits wohlgeborgen im Hafen liege. Die „Deutschland“ bildete an diesem Tage und den folgenden das Stadtsprech. Vertreter der städtischen Verwaltung, der Handelskammer und andere hervorragende Persönlichkeiten waren erschienen, um Kapitän König und die Besatzung zu begrüßen. Allseitig gab man der Bemütigung Ausdruck, daß New London zum Hafen für das Handelsboot außerordentlich geeignet sei. Kapitän König und Besatzung fanden bei der Bevölkerung während ihres Aufenthalts eine herzliche und glänzende Aufnahme.

Auf Vorschlag der Firma Schumacher & Co. in Baltimore entschloß sich die Deutsche Ozean-Reederei, auch New London als etwaigen Bestimmungshafen ihrer Handels-Ä-Boote mit in Berücksichtigung zu ziehen. Die Erfahrungen beim ersten Besuch der „Deutschland“ haben gezeigt, daß dieser Hafen nicht nur in allgemeinen als Handelshafen, sondern insbesondere auch als Börsen- und Liegeplatz für Unterseeboote außerordentlich geeignet ist. Die Unternehmung des Schiffes auf seinen Charakter war bald erledigt. Sie wurde durch sechs amerikanische Unterseeboots-offiziere vorgenommen. Daß gerade Unterseeboots-offiziere mit der Unternehmung des Schiffes betraut wurden, hat seinen Grund darin, daß New London selbst eine amerikanische Unterseebootsstation ist. Die Einrichtung des Bootes erregte auch diesmal wieder das größte Interesse unter den militärischen Besuchern wie in der breitesten Oeffentlichkeit. Aus der Bevölkerung New Londons sowie auch aus New Yorker Kreisen wurden dem Kapitän und dem Schiffe große Ovationen bereitet. An den Ansprachen, die bei den vom Maire der Stadt New London veranstalteten Festen gehalten wurden, wies dieser auf die kommerzielle Bedeutung des Ereignisses hin, während auch andererseits der deutschen Initiative besondere Anerkennung bezeugt wurde.

Sang- und Klanglos auch diesmal, ohne daß die Oeffentlichkeit eine Ahnung davon hatte, trat das Schiff am 17. November die Heimreise an in Begleitung zweier Schlepper, von denen der eine vorausfuhr und der zweite folgte. Bei mondhellener Nacht und glattem ruhigen Wasser ging die Fahrt anfangs glücklich von statten. Race Point Fishers Island war glücklich passiert, als plötzlich der vordere Schlepper, kurz bevor er die „Deutschland“ verlassen sollte, aus noch nicht aufgeklärten Gründen seinen Kurs änderte. Die „Deutschland“ konnte nicht mehr rechtzeitig ausweichen, obgleich die Maschinen auf volle Kraft rückwärts gestellt waren, so daß das Unglück nicht mehr abzuwenden war. Die „Deutschland“ rannte direkt mit ihrem Steven auf den Schlepper, der innerhalb 10 Sekunden in den Fluten verschwand. Bedauerlicherweise wurden fünf Mann seiner Besatzung, die sich im Ruderkabinen befanden, mit in die Tiefe gerissen. Nur Kapitän Heinsch wurde gerettet.

Die „Deutschland“ konnte mit eigener Kraft New London wieder erreichen und fuhr am 21. November nach Hinterlegung von 87 000 Dollar wieder ab. Diesmal kannte die Bevölkerung die Stunde der Ausfahrt. In dichten Reihen stand sie am Ufer. Beim Passieren des amerikanischen Kreuzers „Columbia“, der den Aufbruch der Neutralität in den amerikanischen Gewässern vor New London zu wahren, wurden von der Mannschaft der Deutschland drei Hurras ausgetauscht. Nördlich von Race Point tauchte das Schiff und verließ unbemerkt unter Wasser fahrend, die amerikanische Küste, ohne unterwegs einen Dampfer oder ein feindliches Schiff gesehen zu haben oder selbst gesehen zu sein. Am 9. Dezember erreichte die „Deutschland“ wohlbehalten die Nordsee und traf gegen Mittag vor der Wesermündung ein.

Die von englischer Seite gebrachte Meldung, daß ein amerikanisches Handelsschiff die „Deutschland“ 120 Seemeilen östlich von Halifax mit östlichem Kurs gesehen habe, beruht demnach auf Unwahrheit.

Während das Schiff weseraufwärts fuhr, fuhren ihm der Platzkommandant von Geestemünde Admiral Schröder sowie der Vorsitzende des Ausschusses der Deutschen Ozean-Reederei Dr. Rohmann und Direktor Stapelfeld entgegen, um das glücklich heimgekehrte Schiff willkommen zu heißen. Die „Deutschland“ hat sofort mit dem Löschen ihrer Ladung begonnen.

## Aus aller Welt.

### „Teufelswerk.“

Daß auch in sehr kühlen Ländern die Volkseele unter geeigneten Umständen ins Kochen geraten kann, zeigt ein Vorgang, der aus einer Stadt im hintersten Sibirien gemeldet wird. Dort hat sich die orthodoxe Sekte der Staroobryadzi gegen die Einführung von Lebensmittellisten aufgelehnt, weil diese nach Ansicht ihrer theologischen Sachverständigen ein Werk des Teufels seien. — Wir würden es allerdings für logischer halten, wenn die Rechtsgläubigen die Freigeister für Teufelswerk erklärt hätten, die die Einführung von Lebensmittellisten sogar im gesegneten Ausland zur Notwendigkeit gemacht haben, statt sich über die unschuldige Wirkung jener Listen zu empören. Aber wer wollte von armen sibirischen Hinterwäldlern Logik verlangen, heutzutage, wo diese edle Gottesgabe selbst bei der aufgeklärtesten Bevölkerung mehr westlich gelegener Länder oft ein verflucht rarer Artikel geworden ist?

Richard Leising, der bekannte Dresdener Landschafts- und Porträtmaler, ist mit seiner 23jährigen Gattin das Opfer eines Unglücksfalles geworden. Er war auf zwei Wochen aus dem Felde beurlaubt und das Paar besuchte am Dienstag der vergangenen Woche von Dresden aus seine im Baderste Viehau bei Radeberg gelegene Waldvilla. Hier wurden am vorigen Freitag beide entsezt auf einem Ruhebett liegend vorgefunden. Eine Kohlenabergiftung, durch einen schädlichen Ofen hervorgerufen, ist die Ursache des Todes gewesen. — Leising gehörte in den Dresdener Künstler-

Freien zu den bekanntesten und beliebtesten Persönlichkeiten. Auf der Kunstakademie war er ein Meisterschüler Gotthard Kuehls gewesen. Später hatte er seine Studien in Griechenland und Italien fortgesetzt und war längere Zeit in Rom tätig gewesen.

**Verhaftete Schieber.** In Bamberg wurden die Kaufleute Joseph Wegner und Alois Gerber unter dem Verdachte verhaftet, an den großen Walfischereien, die bereits zur Verhaftung zahlreicher Kaufleute in verschiedenen Städten geführt haben, in hervorragender Weise beteiligt zu sein.

**Einer holländischen Weihnachtsklotter** der Stadt Köln stehen zu Weihnachten 1200 Gänse, 8000 viertel Gänse, 2000 Masthühner und 5500 Schneebühner zur Verfügung. Da eine gleichmäßige Verteilung auf die 650 000 Einwohner nicht möglich ist, sollen die Lederbissen auf die Bewerber gegen entsprechende Bezahlung verteilt werden. Die Gänse als verbältnismäßig billiges Fleisch bleiben den Einwohnern mit einem Einkommen bis zu 1500 M. vorbehalten.

**Holländische als „Maschinenelle“.** Eine Kölner Firma versandte mehrere Kisten „Maschinenelle“ an eine Firma in Mannheim. Beim Umladen auf der Station Groß-Gerau ging eine Kiste entzwei und der Inhalt entpuppte sich als Rollschinken. Man benachrichtigte die Gendarmen, die auch den Inhalt der übrigen Kisten „Maschinenelle“ als Rollschinken feststellte. Es wurden 15 Zentner Schinken beschlagnahmt.

**John Rockefeller gestorben.** Die „Times“ meldet aus Larchmont (New York) vom 6., daß John D. Rockefeller, der bekannte Finanzmann und Präsident der Standard Oil Company, gestorben ist.

### Parteiveranstaltungen.

**Charlottenburg.** Mittwoch, 13. Dezember, 8 Uhr, im Volkshaus, Rosenstr. 4: **Gemeinschaftlicher Jahrlabend.** Wir erlauben unsere Mitglieder, insbesondere die Frauen, zu diesem Jahrlabende vollständig erscheinen zu wollen. Sozialdemokratischer Wahlverein Charlottenburg. Der Vorstand. V. A.: Joh. Schneider.

**Neuföln.** Unsere Jahrlabende finden am Mittwoch, 13. Dezember, 8 1/2 Uhr, in folgenden Lokalen statt: 1.—4. Bezirk bei Schulz, Reuterstr. 47, Ecke Lenowstr.; 5. und 6. Bezirk bei H. Schittler, Weichstr. 5, Ecke Donaustraße; 7.—9. Bezirk bei Robert Eden, Bobbinstraße 58, Ecke Harstraße; 11. Bezirk im Turnerbau, Böhmische Str. 13; 10. und 12. Bezirk bei Kufisch, Blipstr. 1; 13.—17. Bezirk bei Rob. Gentel, Hermannstr. 178, Ecke Thomastraße; 18.—20. Bezirk bei Ed. Hahn, Bruns-Handstr. 69; 21.—24. Bezirk bei Herrn. Hentschel, Herrfurthstraße 27. In allen Lokalen wird von Neufölnern Stadterordneten ein Vortrag über: „Die Lebensmittelerzeugung in der Gemeinde Neuföln“ gehalten werden. Referenten sind die Stadterordneten Sptomsky, Conrad, Stroger, Heilmann, Roth, Vogel, Thuron, Busch.

**Zentral-Wahlverein Teltow-Beestow.** Mittwoch, 13. Dezember, 8 1/2 Uhr: **Gemeinsame Jahrlabende in Treptow, Eisenstr. 97** bei Lindstedt; in Baumhulowweg bei Erde, Baumhulowstr. 14. Tagesordnung: Bericht über die letzten Vorgänge in der Organisation und unsere ferneren Aufgaben. Mitgliedsbuch legitimiert. Der Vorstand. V. A.: Paul Nagel, Wilhelm Lemm.

**Zentral-Wahlverein Teltow-Beestow, Ortsverein Brüg-Budow.** Mittwoch, 13. Dezember, 8 Uhr: **Jahrlabend bei Heinitz, Bauantenne der Baugenossenschaft „Ideal“, Rumpelstraße.**

**Wahlverein Köpenick.** **Gemeinsamer Jahrlabend** Mittwoch, 13. Dezember, 8 1/2 Uhr, im Stadttheater, Friedrichstraße 9. Tagesordnung: 1. Vortrag des Reichstagsabg. Silderscheidt über: „Das Sozialdienrecht.“ 2. Diskussion. 3. Parteilangelegenheiten und verschiedenen Mitgliedsbuch legitimiert.

**Karlshorst.** Mittwoch, 13. Dezember, 8 1/2 Uhr: **Jahrlabend im Lokal „Zur Sonne“.**

### Eingegangene Druckschriften.

**Der Wille siegt.** Bd. 1: **Der Kriegsinvalide.** Von D. Barz. 1,50 M. Reichsverlag D. Kallio, Berlin W 35.

**Fahnenzeit.** Kriegsnovelle von H. v. Sillow. 1 M. J. K. Brockhaus, Leipzig.

**Nichtarbeiten.** Von D. Pralle. Geb. 2,50 M. S. G. Teubner, Leipzig.

**Goethe-Kalender** auf das Jahr 1917. Kart. 2 M. Dieterichsche Verlagshandlung, Leipzig.

**Die Pflanzenwelt.** Von Prof. D. Warburg. 2 Bände. Vollständig in drei Bänden. Halbleder zu 17 M. Bibliographisches Institut, Leipzig.

Die „Sozialistischen Monatshefte“, redigiert von Dr. A. Bloch (Administration: Berlin W 35, Potsdamer Str. 121 h), haben soeben das 25. Heft ihres 22. Jahrganges erscheinen lassen.

### Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet für Abonnenten Ende des 3. IV. 09 zeitlich fortgesetzt am Montag bis Freitag von 4 bis 7 Uhr, am Sonnabend von 3 bis 6 Uhr statt. Jeder für den Briefkasten bestimmten Antrags ist ein Buchstabe und eine Post als Kennzeichen beizufügen. Briefliche Antworten werden nicht erteilt. Anfragen, denen keine Abonnementskarte beigelegt ist, werden nicht beantwortet. Eilige Fragen trägt man in der Sprechstunde mit Beiträgen, Schriftstücke und dergleichen bringt man in die Sprechstunde mit.

**§. 189.** Dieser Brief sowie die von Ihnen angegebene Tatsache genügen als Gründe zur Scheidung. Die Klage möchte von einem Rechtsanwalt beim Landgericht eingereicht werden. Sind Sie mittellos, möchten Sie sich vom Armenvorsteher ein Armenrecht besorgen und auf Grund dessen beim Landgericht Antrag auf Beordnung eines Anwalts und unentgeltliche Advokaturkosten stellen. — **§. 2.** In diesem Falle wird Ihnen die Klage- und auch die Rechtsunterstützung gewährt werden. 2. Darüber besteht kein Zweifel. — **Armenrechtsgeld.** Tatsächlich müssen, um die Altersrente bezügelten zu können, 1200 Mark nachgewiesen werden. Der betreffenden Person müßten aber für jedes Jahr, das sie bei Inkrafttreten des Gesetzes im Jahre 1891 über 35 Jahre alt war, je 40 Wochenbeiträge mit angerechnet werden. Es müßte deshalb in diesem Falle Anspruch auf Altersrente bestehen und wäre es zu empfehlen, gegen den abtretenden Bescheid Einspruch einzulegen. — **§. 700.** Ja.

**§. 4.** Dieser Titel ist nicht besonders aufgeführt. Rangiert aber unteres Gradens an erster Stelle der Gehaltskala, welche mit jährlich 18980 M. angegeben ist. Dazu kommen dann noch verschiedene Nebenlohn. — **§. 57.** Bei Schröder, Schirmer, Ecke Bobbestraße. — **§. 215.** Sie können nach der Entlassung des Vaters aus dem Herrentdienst die Unterhaltsgelder nur durch Klage entnehmen. Die Forderung verjährt während des Krieges nicht. — **§. 19.** Nein. — **§. 23.** Die aktive Dienstzeit des Betreffenden wäre 1917 abgelaufen. — **§. 20.** Nein. — **§. 15.** Kündigung muß auch in dem Fall am 15. zum letzten des Monats erfolgen. — **§. 22.** Die Unterhaltung richtet sich nach dem Status der Kasse, das wir nicht kennen. Sicher aber wird die Kasse in dem Fall die Unterhaltung nicht zahlen, da die Mitgliedschaft zu kurze Zeit währt.

## Deutscher Transportarbeiter - Verband.

Bezirk Groß-Berlin.

Folgende Kollegen sind im Felde gefallen:

- Karl Borsch, Kolktischer.**
- Ernst Busse, Industriearbeiter.**
- Karl Goltz, Geschäftsführer.**
- Wilhelm Grasnick, Straßenbahner.**
- Karl Grünberg, Geschäftsdienner.**
- Max Jubelt, Lagerarbeiter.**
- Ernst Köcher, Kohlenarbeiter.**
- Ernst Krause, Geschäftsdienner.**
- Gust. Kruschinski, Lagerarbeiter.**
- August Lehmann, Kolktischer.**
- Alfred Liese, Geschäftsdienner.**
- Wilhelm Schadow, Straßenbahner.**
- Karl Schulz, Müllschaffner.**
- Adolf Schwarz, Bretterträger.**
- Emanuel Teuber, Kellerarbeiter.**
- Franz Thielmann, Selterabzieher.**

70/5 **Ehre ihrem Andenken!** Die Bezirksleitung.

**Anruf!**  
Der Tischler **Gustav Wilke** aus Balz, geb. am 1. August 1867, bis zum 17. Oktober 1914 bei dem Schreinermeister Jung in Reumuthen (Kreis Dittelsdorf, Rheinland) in Stellung gewesen, ist seit diesem Zeitpunkt verschwunden. Wegen Erbregulierung wird um gest. Mitteilung über seinen Verbleib gebeten. **Julius Wilke**, Balz bei Weg a. d. Dtl.

**Marie Oslath geb. Billing** und Kinder.  
**§. Billing und Frau** als Schwiegereltern.  
Die Beerdigung findet morgen Mittwoch, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Friedhofes Friedhöf, Pappel-Allee 15—17, aus statt.

**Selma Just**  
im Alter von 31 Jahren nach kurzem Krankenlager verstorben ist.  
Dies zeigen stellvertretend hiermit an  
**Fritz Just**  
nebst Tochter und Kumpenwandern.  
Neuföln, Dierstraße 4.  
Die Beerdigung findet am Dienstag, den 12. Dezember, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Neufölners Gemeinde-Friedhofes aus statt.

**Reuters Werke**  
3 Bände 5 Mark  
Buchhandlung Vorwärts

## „Vorwärts“ Lese- u. Diskutierklub für Groß-Berlin.

Heute Dienstag, abends 6 1/2 Uhr, im Bureau von Teltow-Beestow:

**Angeordnete Sitzung.**  
Wichtige Tagesordnung. Erscheinen notwendig. 199/6

**Orts-Krankenkasse**  
für das

**Maurergewerbe**  
zu Berlin.  
C 25, Gantestraße 4, I.

**II. Abänderung**  
zu der Satzung der Orts-Krankenkasse für das Maurergewerbe zu Berlin vom 29. April 1913.

**Beschluß der außerordentlichen Ausschusssitzung vom 27. Mai 1914:**

Am letzten Absatz des § 82 der Satzung, vorletzte Zeile ist statt „zehn-jähriger“ das Wort „fünfjähriger“ zu setzen. 180/5

Berlin, den 27. Mai 1914.  
**Der Vorstand**  
der Orts-Krankenkasse für das Maurergewerbe zu Berlin.  
gez. H. Daebue, Vorsitzender.  
gez. G. Lehmpfuhl, Schriftführer.

**Genehmigt**  
Charlottenburg, d. 5. Decemb. 1913  
**Königlich-Oberversicherungsamt**  
Groß-Berlin.  
(L. S.) **gez. von Gostkowski**  
Nr. B. K. 292/16.

Vorstehende Abänderung kann von den Mitgliedern gegen Vorlegung der Mitgliedskarte im Kassienlokal in Empfang genommen werden.

**Allgemeine**  
**Orts-Krankenkasse**  
**Berlin-Lichtenberg.**

**Einladung**  
zur

**ordentl. Sitzung des Ausschusses**  
am Montag, den 18. Dezember, abends 8 1/2 Uhr, im Lokale des Herrn Richard Arnold, „Schwarzer Adler“, Berlin-Lichtenberg, Franzfurter Allee 99.

**Tagesordnung:**  
1. Wahl des Rechnungsausschusses für die Bewältigung der Jahresrechnung 1914.  
2. Beschlußfassung über den Vorschlag für das Jahr 1917.  
3. Angelegenheiten.

Beschwerden, zu welchen die Vorlage der Akten notwendig ist, müssen drei Tage vor der Ausschusssitzung der Geschäftsstelle diesseitiger Kasse eingereicht werden. 272/20

**Der Vorstand.**  
D. Seifert, Vorsitzender.

**Glumen- und Franzbinderrei**  
**von Robert Meyer,**  
Zub.: P. Gollets  
Marianenstr. 3. Tel. Mpl. 10 303

**Spezialarzt**  
Dr. med. Wockenfuß,  
Friedrichstr. 125 (Oranienb. Tor),  
für Syphilis, Harn- u. Frauenleiden —  
Ehrlich-Hata-Kur (Dauer 12 Tage),  
Situationsuntersuchung. Schnelle, schon  
schmerzlose Heilung ohne Boruss-  
222/6\* störung. Teilzahlung.  
Sprechstunden: 11—1 und 8—8.

**Elektrolyt Georg Hirth**  
Ist die Verdauung und fördert den Stoffwechsel. Wirkt lebend auf den ganzen Organismus. Ein Versuch überzeugt. In Pulver- u. Tablettenformungen für 50 Pf. Nr. 622. Je nach Quantum in den Apotheken oder direkt von der **Ludwig-Apothek, München 5, Neuhauserstr. 8.**

## Stoffe

für Maß-Anzüge, Paletots, Damen-Kostüme, Mäntel, Meter 10.—, 14.—, 16.—, 20.—, Seiden-Seal, Astrachan.

Tuchlager Koch & Seeland G.m.b.H., Gertrandenstr. 20-21, gegenüber der Petrikirche.

**Oben Sie**  
**Fußgeschwerden?**

empfehle nach Wahl passenden gearbeitete Stützvorlagen (sowie Bruchbänder, Stützvorlagen, etc.) zur Heilung von Fußgeschwerden.

**Pollmann, Bandagist,**  
Berlin N, Lothringer Str. 60,  
Lieferant für Krankenkassen.

## Unauffällig

schon erprobt durch **„Schwamm-Regener“** (siehe hierüber durch einladende Überreden mit **„Schwamm-Regener“**). **Wichtiger Hinweis:** ist unverwundbar und absolut unzerstörbar. **AL. u. H. H.**  
Cuno-Reich, Berlin 43, Hiltlstraße 4.

## Arbeiter- Notiz-Kalender

1\*9\*1\*7

Wir den Vorstand des **Arbeiter-Notiz-Kalender** (siehe hierüber durch einladende Überreden mit **„Schwamm-Regener“**). **Wichtiger Hinweis:** ist unverwundbar und absolut unzerstörbar. **AL. u. H. H.**  
Cuno-Reich, Berlin 43, Hiltlstraße 4.

**Preis gebunden 60 Pf.**  
Buchhandlung Vorwärts  
Lindenstr. 3.

**Lombard-Haus**  
H. Graf, Leipzigerstr. 75 I-IV  
Voll normale Belichtung  
Diskretion, Realität  
Gegenüberstellung  
**Uhren**  
Brillanten  
Schmuckstücken  
10—50%, unter Ladenpreis.

**Knabenanzüge,**  
Paletots und Pyjacks.  
Der Einzelverkauf zu Fabrikpreisen  
befindet sich jetzt  
**Königsstr. 55 I,** gegenüber  
Rathaus.  
Bezugschein vorrätig!

## Allgemeine Orts-Krankenkasse der Stadt Berlin.

Am Donnerstagabend verstarb nach kurzem, schweren Leiden unser Kollege

**Emil Witt.**  
Wir verlieren in ihm einen treuen Mitarbeiter und aufrichtigen Kollegen.

Die Beerdigung findet am Dienstag, nachmittags 3 Uhr, auf dem holländischen Friedhof Weichen-see, Adickstraße, statt.  
Um zahlreiche Beteiligung der Kollegen ersucht  
273/1 **Der Personalausschuss.**

## Deutscher Bauarbeiter-Verband. Zweigverein Berlin. Bezirk Oien I.

Den Mitgliedern zur Kenntnis, daß unser Mitglied, der Maurer

**Wilhelm Schape**  
am 7. Dezember gestorben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet heute, Dienstag, den 12. Dez., nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Halle des Zentral-Friedhofes in Fried-riehshofe aus statt.  
Um rege Beteiligung ersucht  
143/10 **Die dir. Verwaltung.**

## Deutscher Metallarbeiter-Verband Verwaltungsstelle Berlin.

Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Schlosser

**Franz Thom**  
am 7. Dezember an Herzerleiden gestorben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet heute, Dienstag, den 12. Dezember, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Gemeinde-Friedhofes in Fegel aus statt.  
Rege Beteiligung erwartet  
126/20 **Die Ortsverwaltung.**

## Beerdigungsverein der Zimmerleute Groß-Berlins.

Am Freitag, den 8. Dezember, verschied nach längerem Krankenlager, Kriegerverfallung, unser Mitglied, der Kamerad

**Heinrich Müller**  
Neuföln, Richardplatz 15,  
im 75. Lebensjahre.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 13. Dezember, nachmittags 3 Uhr, von der Halle des Neufölners Friedhofes, Rari-riender Weg, aus statt.  
16075 **Der Vorstand.**